

— Zwanzigster Jahrgang. —

Nr. 27.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 30. Juni bis 6. Juli 1911.

Posen, den 11. Juli 1911.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 26 der Praca (Posen)
vom 25. Juni 1911:

Angstmeier.

Vorsichtigkeit und Bedachtsamkeit sind löbliche Tugenden. Sie sind sowohl im Privat- als auch im politischen Leben notwendig.

Jedoch wie jedes übertriebene und schlecht angebrachte Gute zum Bösen wird, so verliert auch die übertriebene Vorsichtigkeit und Bedachtsamkeit den Charakter der Tugend und wird zum Fehler, dessen Name Kleinmütigkeit oder ausdrücklicher: Feigheit — lautet.

Es gibt unter uns Leute, zum Glück nur wenige, welche den eigenen Schatten fürchten. In jedem in der Zeitung geschriebenen Worte sehen sie ein Kriminalverbrechen. In der gerechten Kritik der Regierung oder der Hafatisten sehen sie eine vorlaute, unkluge und die ganze Gesamtheit schädigende Politik, welche den Hafatisten und Spitzeln Wasser auf die Mühle liefert! Sogar eine humoristische Zeichnung berührt sie unangenehm, wenn sie mit der im Staate einflussreichsten Clique ungnädig verfährt.

Diese Herren haben einen wunderbar geschärften Geruchssinn, mit dessen Hilfe sie verschiedene „Unzuverlässigkeiten“ in den polnischen Zeitungen wittern. Würde man sie zu Staatsanwälten machen, kein polnischer Redakteur würde das Gefängnis verlassen.

Ihre Empörung ist gewöhnlich ehrlich und tief. Dies geht aus den Karten und Briefen, die sie an die Redaktionen schreiben, hervor. Sie sind gewöhnlich sehr grob und natürlich anonym, denn der Mut dieser Herren steht im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Sorge um das ihrer Meinung nach bedrohte öffentliche Wohl. Dafür entspricht die Orthographie und der Stil dieser Korrespondenzen ganz und gar den „hohen“ Qualifikationen des Verstandes und Charakters ihrer Verfasser.

Wir sind prinzipiell gegen jede unfruchtbare Schreierei, und jedes sinnlose Reizen des Gegners sehen wir für eine falsche Methode an.

Doch niemals werden wir den Weg der Angstmeier gehen, die mit der eines Hundes aber keines Menschen würdigen Unterwerfung bereit sind, die schmerzlichsten Liebe zu empfangen.

In der Sklaverei entartet der Mensch.

Doch die Sklaverei wird durch keinerlei äußere Macht erzeugt, sondern der Sklave schmiedet sich selbst die Ketten. Wer die eigene und die Würde der Nation vergißt, wer um des lieben Friedens willen

bereit ist, dem kostbarsten Menschenrecht zu entsagen, nämlich nach Wissen und Gewissen über das, was um ihn herum geschieht, selbst ein Urteil zu fällen, der hat sich in der Tat der Sklaverei ergeben. Möge er sich jedoch nicht wundern, daß nicht alle ihm nachfolgen wollen.

Aus Nr. 147 des Dziennik Bydgoski, (Bromberg)
vom 1. Juli 1911:

Die kommenden Wahlen, die polnische Fraktion und die Volksgesamtheit.

Nur kurze Zeit, nämlich nur wenige Monate, trennt uns noch von den neuen Wahlen zum Reichstage.

Die deutschen Parteien haben mit der Agitation bereits begonnen, sie haben auch in den einzelnen Kreisen ihre Kandidaten aufgestellt.

Der Wahlkampf wird interessant sein. Die Reaktion hat den Oppositionsparteien den Kampf auf Leben und Tod angekündigt. Diese werden aber trotzdem triumphieren. Die letzten Erswahlen haben uns den besten Beweis dafür geliefert. Die Regierung ist aus dem Grunde in der Klemme, weil sie keine Wahlparole hat. Die einzige, die ihr noch übrig geblieben ist, ist das Erschrecken der deutschen Bürger mit der roten Überschwemmung. Aber ich zweifle daran, ob sie stark genug sein wird.

Die breiten Massen des Volkes sind unwillig, und da sie erhöhte Steuern zahlen müssen, rächen sie sich an der Regierung dadurch, daß sie für Abgeordnete stimmen, welche der Opposition angehören.

Zu jenen, welche der Regierung bei der letzten Finanzreform geholfen haben, gehört leider auch die polnische Fraktion. Die Mißstimmung darüber ist in unserer Volksgesamtheit auch eine sehr große.

Wer es nicht glaubt, der mag unter das Volk gehen und er wird berechtigte Klagen hören. Deshalb herrscht auch hinsichtlich der nahenden Wahlen eine gewisse Befürchtung. Wird das polnische Volk völlig kritiklos für die polnischen Kandidaten stimmen? Wird es auch fernerhin den Wahlkomitees treu bleiben, die häufig lediglich aus „gewissen Gründen“ eine Kandidatur bestätigt und empfohlen haben, die weder den örtlichen Bedürfnissen noch den Forderungen der Wähler entsprach.

Ich glaube fest, daß unser Volk nicht auf den sozialistischen Leim kriechen wird und daß es sich von den schönen Redensarten der Zentrumsleute nicht wird betören lassen. Was aber werden wir tun, wenn unser Volk nicht wie ein Mann zur Wahlurne gehen, oder Gegenkandidaten aufstellen wird, wie dies bei den letzten Wahlen in Posen der Fall war? Was wird geschehen, wenn auf diese Weise der Gegner die Mehrheit erhalten

wird, sei es der Junfer oder der Zentrumsman? Was wird dann unsere Einigkeit sein? Eine Phantasie!

Die Volksgejamtheit hat das Vertrauen zur Mehrheit der gegenwärtigen polnischen Fraktion verloren. Denn was haben uns die Abgeordneten für das ihnen geschenkte Vertrauen gegeben? Nichts außer Aufschneidereien und Schamröte. Wie oft sind unser Stolz und unser Nationalgefühl von gewissen Abgeordneten bloßgestellt worden? Zu frisch sind noch die Ereignisse der letzten zwei Jahre. Die Finanzreform, die Zivilliste, die niederträchtigen gegenseitigen Überfälle der Abgeordneten — Redakteure, die Reisener Tätigkeit des Abgeordneten v. Dziembowski, die Zeppelfahrten, die Anbetungsreden, die Prozesse und der Terror des Abgeordneten Kulerski. Das ist ein Sträußchen von Erfolgen, bei deren Gedanken einem das Blute zu Kopfe steigt.

Wo sind die schönen Lösungen dieser Abgeordneten in den Versammlungen geblieben: „Durch das Volk für das Volk“? Wo ist die gehörige Verteidigung der Nationallehre geblieben? Wo die Achtung vor dem Willen der Wähler?

Denken wir an das, was wir unlängst in edler Entrüstung ausgesprochen haben: „Wir wollen nicht mehr Abgeordnete haben, die unsere Würde aufs Spiel gesetzt haben, wir wollen nicht mehr Abgeordnete haben, auf deren Anregung die polnische Fraktion zur Finanzreform beigetragen hat, Abgeordnete, die diese noch bis zum heutigen Tage verteidigen. Wir wollen auch nicht solche Abgeordnete haben, die in den Sitzungen stets durch Abwesenheit glänzen“.

Das polnische Volk muß gelegentlich der Wahlen bei dem einmal gefassten Entschluß fest verharren.

Die Wähler müssen eifrig darüber wachen, daß die Komitees nur solche Kandidaten aufstellen, die die Lösung „durch das Volk für das Volk“ richtig auffassen und Sicherheit dafür bieten, daß sie diese Lösung nicht verraten werden.

Moabit, den 14. Juni 1911.

Ignaz Witt.

Aus Nr. 148 des Dziennik Bydgoski (Bromberg) vom 2. Juli 1911:

Schutz vor der preußischen Polizei.

Man hat bis jetzt gesagt, daß in Rußland die Polizei tut was sie will, weil es dort kein Gesetz gibt, das die Bürger vor der Willkür der Polizei schützt. Deshalb blickten die Preußen voll Verachtung auf Rußland und sagten voll Stolz: „Sowas ist bei uns nicht möglich.“

Ein altes Sprichwort besagt, daß Eigenlob riecht. Wenn irgendwo, dann ist gerade hier das Sprichwort am Platze. Nämlich nirgends in der Welt sind die Bürger von der Polizei so geknebelt, wie gerade in Preußen. Von der Wiege bis zum Grabe leuchtet die Pickelhaube des Polizisten dem konstitutionellen preußischen Bürger voran. In allen wichtigeren Augenblicken des Lebens kann der preußische Bürger sicher sein, daß er auf seinem Wege einen uniformierten Polizisten oder einen Zivilspizel treffen wird.

Genau wie in Rußland. Nur daß dort der Polizist überwiegend ein Spizhube oder ein Säuser ist und man sich durch ein reichliches Bestechungsgeld wenigstens von seiner Fürsorge befreien kann. In Preußen dagegen kann sich der Bürger, besonders wenn er ein Pole ist, auf keine Art von der polizeilichen Fürsorge befreien. Wenn er auch die Verfassung, die Staatsgesetze und alle Spezialvorschriften auswendig

kennen würde, nichts wird ihn vor einem Zusammenstoß mit der Polizei bewahren, denn die preußische Polizei hat ihre besondere Gesetze.

Nehmen wir z. B. das Vereinsgesetz. Es ist kurz und deutlich. Die Bürger richten sich nach ihm, indem sie darauf vertrauen, daß die Polizei ihnen doch nichts tun kann, weil das vom preußischen Abgeordnetenhaus angenommene Gesetz sie schützt. Aber bewahre! Die Polizei fragt nichts nach dem Gesetz. Sie löst geschlossene Versammlungen von Vereinen auf, als ob diese überhaupt kein Gesetz schützen würde. Die Schuld hieran tragen auch die preußischen Gerichte, die das Vereinsgesetz nicht einheitlich anwenden. Das Gericht in Kiel z. B. urteilt über die Rechte der Polizei gegenüber Versammlungen und Vereinen anders, als die Gerichte in Posen, Beuthen usw. Merkwürdig ist namentlich in unsern Gegenden der Umstand, daß die Gerichte die Bürger nicht vor den Mißbräuchen der Polizei schützen, dagegen aber jeden Verstoß der Bürger gegenüber der Polizei bestrafen.

Ein klassischer Beweis hierfür sind die bekannten Vorfälle in Kletzko, über die wir unlängst berichtet hatten. Dort trieb die Polizei die Leute auseinander, die an der Figur des heiligen Lorenz beteten. Dieser Gottesdienst war durch den Brauch geheiligt, und niemand hatte das Recht, ihn zu verbieten. Nicht genug aber damit, daß sie die Leute auseinander trieb, machte die Polizei noch einigen Teilnehmern den Prozeß wegen Zusammenrottung. Die Strafkammer in Gnesen erklärte, daß die Polizei ungezüglich gehandelt habe, belegte aber trotzdem einen Teil der Angeklagten wegen Zusammenrottung mit Geldstrafen in Höhe von 5 bis 10 Mark und verurteilte sie zur Tragung der Kosten.

Wie? wird vielleicht mancher fragen, wenn es gestattet war, den Gottesdienst unter der Figur abzuhalten, dann ist es doch nicht zu verstehen, wie hier von Zusammenrottung die Rede sein kann. Hat doch erst die Polizei aus einem Gottesdienst eine Zusammenrottung gemacht und nur einzig sie hätte bestraft werden müssen.

Für einen Menschen, der nicht mit polizeilichem Verstande begabt ist, sind dies völlig unverständliche Dinge. Wenn indessen die Gerichte Bürger, die die Polizei erst zur Übertretung des Gesetzes (wenn auch nur eines scheinbaren) gedrängt hat, zu Strafe und Kosten verurteilen, dann müssen wir uns fragen: Wer schützt uns vor der Polizei?

Während der berühmten Vorfälle in Moabit und bei andern ähnlichen Klagen ertönte dieser Ruf laut genug. Eine Antwort ist bis jetzt nicht eingegangen und wir werden uns sicher noch lange Jahre gegen die Fürsorge der preußischen Polizei verteidigen müssen, bis das preußische Abgeordnetenhaus in Wirklichkeit eine konstitutionelle, gesetzgebende Institution werden und den preußischen Bürger unter den Schutz klarer, nicht dehnbarer Gesetze stellen wird.

Aus Nr. 146 des Dziennik Poznański (Posen) vom 29. Juni 1911:

Interessante Dokumente.

Wir haben zwei Dokumente erhalten, die die Art und Weise illustrieren, wie manche Vertreter der Behörden das Vereinsgesetz auszulegen beliebten. Es handelte sich darum, die Erlaubnis zur Veranstaltung des Vergnügens eines polnischen Vereins zu erhalten.

Auf die erste Eingabe erhielt der Veranstalter des Vergnügens vom Amtsvorsteher nachstehenden Bescheid:

„Der polnische Verein, dessen Namen in Ihrer Eingabe unleserlich ist, ist im hiesigen Amte nicht

bekannt. Ich bitte mir, bevor ich die Erlaubnis erteile, mitzuteilen, zu welcher Nationalität sich die Vereinsmitglieder zählen.“

Auf die zweite Eingabe ging folgende Antwort ein:

„Allerdings hat mir der Gutsvorstand mitgeteilt, daß die Mitglieder Ihres Vereins sich zur polnischen Nationalität zählen; das scheint aber auf einem Mißverständnis zu beruhen, da seit dem Jahre 1795 ein polnisches Reich nicht mehr besteht, weshalb auch eine polnische Nation nicht mehr bestehen kann. Da ich indessen von anderer Seite erfahren habe, daß die Vereinsmitglieder, die auf dem Gute wohnen, Deutsche sind, die sich nur gelegentlich einmal der polnischen Sprache bedienen, zögere ich nicht, Ihnen die Erlaubnis zur Abhaltung der Versammlung zu erteilen.“

Im Interesse Ihres Vereins dürfte es sich indessen empfehlen, in der Hinsicht zu wirken, daß die Sprache nicht mit der Nationalität vermischt wird.“

Unterschrift des Amtsvorstehers.

Wir würden nur die Wirkung dieser „absonderlichen“ Dokumente abschwächen, wenn wir unsererseits ihnen irgendwelche Kommentare hinzufügen würden.

Aus Nr. 147 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 1. Juli 1911:

Der Verein „Strasch“ für die Stadt Posen

hielt eine Sitzung seiner aktiven Mitglieder ab, d. h. jener, die sich mit dem Besuch polnischer Familien in den weiten Schichten der Bevölkerung und mit der Kräftigung des nationalen Geistes in ihnen befassen. In der Versammlung berichteten die Mitglieder über ihre Arbeit in den Frühlingsmonaten. Man übte die Fürsorge über einige zehn Familien aus, indem man sie besuchte, ihnen Fibern und Broschüren lieferte, ferner ihnen, sowohl für Erwachsene als auch für Kinder, Bücher ließ. Alle waren darin einig, daß ihnen bei dieser Arbeit keine Widerwärtigkeiten zugestoßen seien, sie hätten im Gegenteil Ermunterung zu weiterer Arbeit gefunden. Und diese Tätigkeit sei durchaus notwendig; man habe nämlich viele in nationaler Hinsicht vernachlässigte Familien gefunden, in welchen es weder Zeitungen noch polnische Bücher gebe, ganz abgesehen von andern Beweisen für das nationale Selbstbewußtsein.

Deshalb beschloß auch der Strasch-Verein ausdauernd weiter zu arbeiten, und dies umsomehr, als gedruckte gründliche Fingerzeige, die jedes Mitglied des Strasch-Vereins erhält, die Arbeit erleichtern. Willige Personen mögen sich bei der Schriftführerin W. Hedinger, St. Martinsstr. 34 (Firma Riesling), melden.

Aus Nr. 145 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)

vom 28. Juni 1911:

Der Beitritt zu den Raiffeisen-Genossenschaften ist gefährlich.

Stargard, den 25. Juni.

Ich habe in Nr. 139 des Dziennik Bydgoski eine Notiz darüber gelesen, wie die „Mittelstandskasse“ den polnischen Bauern die Hypotheken regulieren will, um ihr Land für immer für das Deutschtum zu gewinnen. Sofort ist mir eingefallen, daß ebenso gefährlich und für unsere Volksgesamtheit ebenso ungünstig der Beitritt von Polen zu den Raiffeisen-Genossenschaften sein kann. So hat es sich nämlich in Kamien ereignet, daß der dortige Propst Vessel, der wegen seiner germanisatorischen

Bestrebungen bekannt ist, vor einigen Jahren eine Genossenschaft nach dem Raiffeisen-System gegründet hat. Ihr sind über 300 Mitglieder beigetreten, meist Polen und nur wenige Deutsche. Die dortige Gegend ist ziemlich wohlhabend, es flossen daher auch jener Bank große Kapitalien zu. Und was geschah jetzt? Die bekannte „Bauernbank“, eine durch und durch antipolnische Institution, trat mit jener vom Propst Vessel gegründeten Bank in Geschäftsverbindung. Mit ihren von den Polen deponierten Geldern reguliert sie Hypotheken mit der Einschränkung, daß die in Frage kommende Wirtschaft nicht an einen Polen verkauft werden darf.

Polen haben hier also mit ihrem Gelde zum Betreiben der antipolnischen Politik beigetragen. Hieraus ergibt sich, daß Polen den Raiffeisen-Genossenschaften nicht beitreten dürfen und daß sie, falls sie ihnen bereits angehören, austreten müssen. Niemand ist verpflichtet, sich die Peitsche für sein eigenes Fell zu drehen, und wer so handelt, der muß freilich sehr dumm sein.

Aus Nr. 149 des Wielkopolanin (Posen)

vom 4. Juli 1911:

Die „Znicz“, eingeschriebene Genossenschaft in Posen, eröffnet mit dem 1. Juli d. Js. nach Verständigung mit dem Komitee der alljährlichen „Ausstellung weiblicher Handarbeiten“, neben dem Verkauf der eigenen Erzeugnisse auch eine „ständige Ausstellung der weiblichen und volkstümlichen Heimarbeiten“ in dem hochparterre belegenen geräumigen Zimmer der Bank der Industriellen am Alten Markt. Diese Einrichtung entspricht einem längst und allgemein gefühlten Bedürfnis des Sammelns, Ausstellens und Verkaufs der heimischen Hauserzeugnisse und kann bei ehrlicher Unterstützung seitens unserer Gesamtheit den Anfang zu dem so sehr ersehnten Landesbazar für den preussischen Anteil werden. Der Eintritt in die Zniczausstellung ist frei, für die Besucher ohne Kaufzwang, damit die breitesten Volkskreise die Erzeugnisse der Hausindustrie kennen lernen und lieb gewinnen. Die „Znicz“ hat nicht die Absicht, unserer Kaufmannschaft Konkurrenz zu machen; im Gegenteil, sie ist der Meinung, daß, bei größerer Nachfrage nach heimischen Erzeugnissen, sie zur Vermehrung der Verkaufsartikel, welche von den Käufern in den Läden verlangt werden, beitragen wird. Es wird ebenfalls hervorgehoben, daß die ständige Ausstellung der Znicz die Veranstaltung der jährlichen Ausstellung der weiblichen Handarbeiten keineswegs ausschließt. Im Gegenteil, die Zniczausstellung wird sozusagen die Ausführerin der jährlichen Ausstellungen sein, indem sie unter ihnen das Bindeglied und die Stetigkeit des Angebots der Produktivität und Geistigkeit unserer Frauen bildet. Alle diejenigen Personen, die sich mit der Hausindustrie beschäftigen, werden gebeten, ihre Erzeugnisse nebst Preisangabe möglichst bald zu Händen des Vorstandsmitglieds Herrn Wladimir Adamski in Posen (Adresse: Firma E. Adamski — Posen O 1, Neue Straße 7/8, Bazar), zu senden. Die Erzeugnisse nimmt die Znicz nur in Kommission zum Detail- und auf Bestellung auch zum Engrosverkauf an. Der Znicz wünschen wir auf diesem neuen Felde der sozialen Arbeit den besten Erfolg.

Aus Nr. 12 des Robotnik Polski na Obczyźnie
(Berlin)

vom 15. Juni 1911:

B e r i c h t

aus der Delegiertenversammlung des Verbandes der Vereine polnisch-katholischer Arbeiter in Deutschland.

Die Versammlung fand statt am ersten Pfingstfeiertage in Berlin im Lokale des Herrn Spychala, Kösliner Straße 17 (Wedding).

Um 3 Uhr nachmittags eröffnete der Verbandsvorsitzende, Herr Chwalizewski, die amtliche Versammlung der Delegierten mit den Worten: „Gelobt sei Jesus Christus!“ Er begrüßte die Versammelten mit warmen Worten, gab einen Überblick über den Stand unseres Verbandes und bat die zahlreich erschienenen Delegierten, sachlich zu verhandeln, damit der Verband für uns das wäre, was wir zu erstreben suchen. Er begrüßte auch den soeben erschienenen Kanonikus Wisiecki aus Posen, Generalsekretär des Verbandes der katholischen Vereine polnischer Arbeiter der Erzdiözese Gnesen-Posen, den die Delegierten durch Erheben von den Plätzen ehrten. Kanonikus Wisiecki brachte die herzlichsten Grüße aus der Heimat, von den geliebten Feldern und Wiesen, aus den Dörfern und Städten, von ganz Großpolen, endlich von 30 000 Brüdern — Arbeitern, die im Posener Verbandszusammengeschlossen sind, mit. Der geehrte Referent besprach alle Vorteile, die materiellen und kulturellen, die der Verband bietet.

Es wurde die Anzahl der Delegierten festgestellt. Erschienen waren 61 Abgeordnete, die 45 Vereine vertraten. Nicht vertreten waren der Verein aus Unter-Möbblingen, die Vereine „Lech“ und „Kasimir“ aus Köpenick.

Herr Chwalizewski erstattete Bericht über die Entwicklung des Verbandes. Die Versammelten bekundeten dem Vorstande ihre Zufriedenheit und erteilten einstimmig Entlastung.

Anträge des Vorstandes und der Vereine. Der vom polnisch-katholischen Verein in Breslau gestellte Antrag lautet: „Die Zusammenkunft wolle beschließen, der Verband möge für seine Mitglieder eine Krankenkasse errichten.“ Der Antrag wurde nach längerer Diskussion abgelehnt.

Der Antrag des Hauptvorstandes lautet: „Es können freiwillig an Sterbegeld ausbezahlt werden nach einhalbjähriger Zugehörigkeit zum Verbands 20 Mk., nach einem Jahre 40 Mk., nach 2 Jahren 70 Mk., nach 5 Jahren 75 Mk. Dieser Antrag wurde fast einstimmig angenommen.“

Der wichtigste Antrag der Zusammenkunft, gestellt vom Verein „Jedność“ in Hamburg, verlangt, sich mit dem Posener Verbands dahin zu verständigen, daß **für ganz Deutschland ein Verband geschaffen oder daß den Mitgliedern die Möglichkeit geboten werde, aus einem Verbands in den andern überzutreten, ohne der in dem einen oder in dem andern Verbands erworbenen Rechte verlustig zu gehen.** Diese Angelegenheit wurde sehr eingehend besprochen. Geistlicher Wisiecki betonte in seiner ausführlichen Rede, daß sich die Sache nicht sofort erledigen lasse; er gab verschiedene Projekte an, von denen aus man dabei zu beginnen haben werde, nämlich:

1. Die Aufhebung des Eintrittsgeldes für die Mitglieder, die in die Fremde gehen oder zurückkommen: die gegenseitige Überweisung von Mitgliedern.

2. Gegenseitige Beteiligung an den Beratungen in den Zusammenkünften beider Verbände.

3. Die Einführung eines Organs für beide Verbände.

Außerdem versprach der Geistliche Wisiecki, diese Angelegenheit in der nächsten Zusammenkunft des Vorstandes und der geistlichen Patrone zu berühren und warm zu befürworten. Diese Ausführungen nahmen die Delegierten mit großem Beifall auf.

Der 7. und 8. Antrag, gestellt von den Vereinen aus Lichtenberg und Kiel, der Verband möge Mitglieder vom 55. bis zum 60. Jahre mit vollen Rechten in die Sterbekasse aufnehmen, wird nach kurzer Diskussion abgelehnt.

Der Antrag 10, gestellt vom Hauptvorstande, lautet: „Mit Rücksicht auf die bedeutenden Kosten sind die Bezirkskonferenzen und Zusammenkünfte entweder gänzlich aufzuheben, oder wenigstens sehr einzuschränken. Statt dessen werden zu den einzelnen Vereinen häufiger Referenten vom Hauptvorstande zu entsenden sein.“ Der Antrag wurde angenommen.

Antrag 12, gestellt vom Verein aus Tangermünde: „Die Zusammenkunft wolle beschließen, das Verbandsorgan Robotnik polski na obczyźnie in größerem Formate herauszugeben.“ Es wurde nach längerer Diskussion beschlossen, das Organ in vergrößertem Formate alle zwei Wochen erscheinen zu lassen.

Herr Chwalizewski teilte vor dem Plenum der Delegierten mit, daß der Vorstand um folgendes bemüht sei:

- a) um die Bewilligung einer Summe zur Beschaffung von Vorträgen zwecks Abgabe derselben an die Verbandsvereine,
- b) um die Besprechung der Art der Zustellung des Verbandsorgans an die Mitglieder,
- c) um die Herbeiführung einer Verständigung zwischen dem Hauptvorstande und den Vereinen oder Mitgliedern,
- d) um die Regulierung der Entschädigung für die Beamten des Hauptvorstandes.

Es entspann sich über diese Punkte eine lebhafte Diskussion. Für das unter a) aufgeführte Projekt wurden 100 Mark jährlich zwecks Anschaffung einer kleinen Wanderbibliothek bewilligt. Das unter b) aufgeführte Projekt wurde teilweise bei dem Antrage 12 erledigt. Der Robotnik wird nunmehr jedem Mitgliede durch die Post zugestellt werden. Jedes Mitglied bestellt die Zeitung bei der Post, wofür es vierteljährlich 6 Pfg. zahlen wird. Zu c) referiert Herr Chwalizewski. Nach kurzem Meinungsaustausch kommt man zu der Überzeugung, daß man sich am besten durch das Verbandsorgan verständigen kann. Zu d): Obwohl die Delegierten einstimmig für eine Erhöhung der Gehälter waren, so gingen die Meinungen auseinander. Ein Teil der Redner wollte von der Einnahme 3 Prozent, ein anderer 5 Prozent bewilligen, andere wiederum erklärten sich dafür, eine jährliche Entschädigung von 300 Mark zu zahlen; der letzte Vorschlag wurde angenommen.

Den letzten Punkt der Tagesordnung bildete die Wahl neuer Vorstandsmitglieder an Stelle der zurücktretenden. Der Beisitzer, Herr Fr. Krysiak, wurde einstimmig wiedergewählt; wiedergewählt wurde auch der Schriftführer, Herr Wandurski, auf fernere drei Jahre. Herr Wl. Mizera nahm das Amt des Kassensrevisors von neuem an. Herr Herz, der sein Amt niedergelegt hatte, wurde ebenfalls wiedergewählt.

Nachdem die Tagesordnung erschöpft war, schritt man zur Besprechung verschiedener Fragen. Der Delegierte aus Stettin, Herr Ryzyki, machte den Vorschlag, der Vorstand möge sich bemühen, für alle Kinder der Verbandsmitglieder während der

Ferien ein besonderes Heim zu schaffen, um auch diese Kleinen vor der Germanisierung zu schützen.

Herr Chwalizewski dankte den Delegierten für die Durchführung so wichtiger Reformen in dem Verbands. Er forderte zu ausdauernder Arbeit auf und schloß die Versammlung mit den Worten: „Gelobt sei Jesus Christus!“ um 10¹/₂ Uhr.

Berlin, den 4. Juni 1911.

P. Bandurski, Schriftführer.

Aus Nr. 12 des Robotnik na Obczyźnie (Berlin)
vom 15. Juni 1911:

Nach der Zusammenkunft.

Wiederum fand eine Musterung unserer Kräfte statt, neue Wege hat sich unser Verband gesteckt, um für das Wohl der Mitglieder und der Volksgesamtheit erfolgreicher zu arbeiten. Mit Anerkennung muß hervor gehoben werden, daß die Delegierten durch gute Auffassung der Sache die Kasse nicht mit neuen Verpflichtungen belastet, sondern selbst das Hauptgewicht auf die Tätigkeit in kultureller und aufklärerischer Hinsicht gelegt haben. Sichtlich war das Eindringen in die Idee des Verbandes; die Zusammenkunft kann man als ein Ereignis betrachten, von dem ab ein breiterer Weg für die geistige Arbeit geschaffen worden ist. Nach und nach gelangen unsere Vereine zur Reife, zugunsten der allgemeinen Sache streifen sie den früheren Egoismus von sich, der nur auf die Vorteile des eigenen Vereins bedacht war. Auch die Anträge materieller Natur waren von der Rücksichtnahme auf das Wohl des Verbandes diktiert; mit der Zeit wird auch diese Sache die gehörige Unterstützung finden, denn bis jetzt hat jede Zusammenkunft etwas Nützliches für die Mitglieder beschlossen, sie zeigte stets einen Fortschritt. Wir eilen nicht vorwärts, sondern handeln vorsichtig, um das erworbene Feld nicht zu verlieren. Indem wir stufenweis vorwärts schreiten, werden wir das Gebiet der Tätigkeit erweitern, ohne dabei die Mitglieder mit größeren Geldopfern zu belasten. Diese Verbandsidee muß vertieft werden, damit sie jedes Mitglied begreife und für sie arbeite.

Auf dem ersten Plane steht die Sache betreffend die Verständigung mit dem Posener Verbands, die gegenwärtig greifbarere Gestalt angenommen hat und zu der Hoffnung berechtigt, daß sie nach Beseitigung verschiedener Schwierigkeiten in unserem Sinne erledigt werden wird. **Unser Endziel muß die Schaffung eines einheitlichen Verbandes sein, der die Heimat und das Auswanderertum umfaßt; wir sollten unsere Kräfte nicht zersplittern, sondern sie zu vereinigen suchen.**

In umfangreicher und sachlicher Diskussion haben diesen Gedanken alle Delegierten unterstützt, und der Kanonikus Lisiecki ist als Generalsekretär des Posener Verbandes ebenfalls von der Notwendigkeit einer solchen Organisation überzeugt. Diesen Eindruck haben alle Teilnehmer gewonnen, und der Geistliche Lisiecki hat diesen Gedanken mit dem Vorstande des Posener Verbandes geteilt.

Es wird in dieser Angelegenheit binnen kurzem eine Versammlung der Vorstände der beiden Verbände stattfinden. Über das Ergebnis der Verhandlungen werden wir i. Z. unseren Mitgliedern berichten.

Eine andere wichtige Sache ist die Vergrößerung unseres Verbandsorgans. Das Blatt soll in doppelt so großem Umfange erscheinen und zwar so lange, bis beide Verbände verschmolzen sein werden.

Von seiten des Hauptvorstandes werden die Verbandsvereine nunmehr häufiger besucht werden, um ihren Arbeitskreis zu heben; es wird ferner eine Wanderbibliothek eingerichtet werden, damit die Versammlungen der Vereine durch Vorträge Abwechslung bekommen.

Der Einfluß des Verbandes auf den Organismus unserer Vereine ist sichtlich, die Delegierten selbst wünschten es, daß dieser Einfluß nach jeder Richtung hin größer werden möchte, damit, wie ein Delegierter ausdrücklich sagte, in einem Verbands ein Gedanke herrschte. Wir betrachten uns alle als Mitglieder dieses Verbandes, wir betrachten ihn als unser eigenes kulturelles Werk, und mit der Zeit werden wir ihn so ausbauen, daß er zu einem sehr wichtigen allgemein-sozialen Faktor wird, der für die Hebung und erforderliche Achtung des polnischen Arbeiters sowohl in der Heimat wie in der Fremde arbeitet.

Den Vereinen gebührt für die glückliche Wahl der Delegierten Dank, den Delegierten dagegen sei Dank gesagt für das interesselose Sichbefassen mit den Angelegenheiten des Verbandes, dem sie neue Wege für seine Tätigkeit geebnet haben. Möge diese aufrichtige Neigung alle Mitglieder des Verbandes durchdringen, und möge der Vorstand stets Anerkennung und Verständnis für seine Bestrebungen finden.

Aus Nr. 7 des Poradnik dla Spótek (Posen)
vom 1. Juli 1911:

Ein neuer Rolnik.

Gzarnikau.

„Rolnik“, Einkaufs- und Absatzverein, e. G. m. b. H. Gegenstand des Unternehmens ist der Einkauf und Verkauf von Getreide, landwirtschaftlichen Artikeln usw. Die Haftsumme beträgt 1000 Mk. Mitglieder des Vorstandes sind:

Thadeus Koscielski,
Sigismund Paszewski,
Józef Szlanga.

Organ der Genossenschaft ist der „Wielkopolanin“. Statut vom 13. März 1911. Eingetragen am 29. Mai 1911.

Aus Nr. 7 des Poradnik dla Spótek (Posen)
vom 1. Juli 1911:

Puniz.

Gegründet worden ist eine neue Genossenschaft „Spółka ziemska“, e. G. m. b. H. Gegenstand des Unternehmens ist der Ankauf und Verkauf von Immobilien, die Vermittlung beim Kauf von Gütern, bei Verpachtungen usw. Die Haftsumme beträgt 1000 Mk., die höchste Zahl von Anteilen beträgt 10. Dem Vorstande gehören an:

Geistlicher Dr. Lucian Strzyblewski,
Geistlicher Stanislaus Doerffer,
M. Dezor.

Das Organ der Genossenschaft ist der „Poradnik Gospodarski“. Statut vom 18. Mai 1911. Eingetragen am 9. Juni 1911.

Aus Nr. 7 des Poradnik dla Spótek (Posen)
vom 1. Juli 1911:

Hohenjalza.

Gegründet worden ist eine neue Genossenschaft „Spółka ziemska“, e. G. m. b. H.; Gegenstand des Unter-

nehmens ist der Ankauf und Verkauf von Immobilien, die Vermittlung beim Ankauf usw.

Dem Vorstande gehören an:

Dr. W. Swinarski,
Johann Jagodzinski,
Franz Wisniewski.

Organ der Genossenschaft ist der „Dziennik Kujawski“. Die Haftsumme beträgt 1000 Mk., die höchste Anzahl der Anteile beträgt 10. Statut vom 20. April 1911. Eingetragen am 14. Juni 1911.

Aus Nr. 7 des Poradnik dla Spółek (Posen)
vom 1. Juli 1911:

Der Genossenschaftskursus für die „Kolniki“.

In den Tagen vom 29. bis zum 31. Mai d. J. fand in Posen der erste Genossenschaftskursus statt, der ausschließlich für die Mitglieder der Aufsichtsräte, der Vorstände und für die Beamten unserer Kolniki bestimmt war.

Es wurden 20 Vorträge gehalten und zwar von den Herren Bizepatron (3 Stunden), von Dr. Karasiewicz (3 Stunden), von Herrn J. Dziembowski (3 Stunden), von Herrn Sekretär Paluch (3 Stunden) und vom Herrn Patron (8 Stunden).

Es beteiligten sich 65 Personen, darunter 22 Mitglieder von Aufsichtsräten, 27 Vorstandsmitglieder, 16 Beamte und Volontäre.

Wie weit die Vorträge die Tätigkeit der Kolniki beeinflussen werden, das wird die Zukunft lehren.

Aus Nr. 12 des Robotnik na Obezyźnie (Berlin)
vom 15. Juni 1911:

Weißensee.

In der am 20. Mai abgehaltenen Generalversammlung des polnisch-katholischen St. Stanislaus-Vereins wurde der nachstehende Vorstand gewählt:

Joseph Tyslerowicz, Vorsitzender;
St. Hafinski, stellvertretender Vorsitzender;
Ant. Galbierewski, Schriftführer;
Joh. Biskorski, stellvertretender Schriftführer;
Andreas Paszkowiak, Kassierer;
Joh. Rozlowicz, stellvertretender Kassierer;
Kas. Wasiewicz, Bibliothekar;
Leo Hafinski, stellvertretender Bibliothekar;
Joh. Rendzierski und
Joh. Pawlowski, Beisitzer.

Sämtliche Korrespondenzen sind zu richten an den Vorsitzenden Joseph Tyslerowicz, Weißensee, Wilhelmstraße 44.

Aus Nr. 13 des Sokół (Posen)
vom 1. Juli 1911:

Tremessen.

Auf Veranlassung des ehemaligen Kameraden Roman Kwiatkowski von hier sammelten die Kameradinnen Rydlewicz aus Rixdorf 8.— Mark für den hiesigen Sokolverein zum Fonds für die Erneuerung des Grabmals für die Aufständischen, die im Jahre 1848 gefallen waren.

Im Namen des Vereins sage ich den Kameradinnen R. wie auch dem Herrn R. herzliches „Gott bejahls!“
L. Thomas, Vorsitzender.

Aus Nr. 142 der Gazeta Polska (Kösten)
vom 24. Juni 1911:

Ein polnischer oder ein deutscher Verein?

Aus Grätz erhielten wir eine Korrespondenz, die eine so unerhörte Nachricht brachte, daß wir daran nicht glauben wollten und daher von anderer Seite Informationen einholten; diese bestätigten uns jedoch die Wahrheit des Vorfalles.

Wie in fast allen unseren Städten existiert auch in Grätz ein polnisch-katholischer Gesellenverein. Diese „polnisch-katholische“ Jugend ist jedoch sehr interessant. Am Sonntag, den 15. d. Mts. veranstaltete sie ein Sommervergnügen. Aus dieser Veranlassung hat man:

- 1) die Einladungskarten in einer deutschen Druckerei drucken lassen und zwar:
- 2) **deutsche Einladungskarten**, in welchen sich der Verein „**Gesellen- und Jünglingsverein**“ Grätz nannte und endlich
- 3) hat man **diese deutschen Einladungskarten** auch an **polnische Familien** **entfand** und sie in polnischen Gasthäusern aufhängen lassen.

Angeichts der obigen Tatsachen muß man mit Bewunderung fragen, ob das in der Tat ein polnischer Verein oder vielleicht der deutsche Gesellen- und Jünglingsverein ist!

Es läßt sich in der Tat nicht begreifen, daß sich im Vorstande eines polnischen Vereins Leute finden sollten, die, obwohl sie noch jung sind, so wenig nationale Würde besitzen.

Es muß noch hervorgehoben werden, daß der Verein sich unter dem Patronat eines der Mansionare befindet. Wie man uns jedoch berichtet hat, weilt der jetzige Patron erst seit einigen Tagen in Grätz und hat mit dieser Angelegenheit nichts zu tun. Die ausschließliche Schuld trifft hier die Vorstandsmitglieder, die völlig „selbständig“ handelten. Es steht zu erwarten, daß der Geistliche-Patron sie bei der nächsten Gelegenheit über den Unterschied, der zwischen den polnisch-katholischen Gesellen und irgend einem Gesellen- und Jünglingsverein besteht, gründlich belehren wird.

Aus Nr. 147 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 1. Juli 1911:

Was soll das bedeuten?

Man schreibt uns:

Am gestrigen Peter und Paul-Feiertag war im Rathaus eine Sitzung der Tiefbaukommission angesetzt worden. Es wird dies infolge eines Versehens geschehen sein. Denn man kann doch nicht annehmen, daß man einen katholischen Feiertag bewußt mißachten wollte, da man ja die protestantischen Feiertage voller Pietät beobachtet. Und es setzt uns dies umso mehr in Erstaunen, als der Vorsitzende dieser Abteilung, der Baurat Schulz, ein Katholik ist. Schließlich darf man nicht vergessen, daß auch der Oberbürgermeister Dr. Wilms Katholik ist. In jedem Falle wäre größere Rücksichtnahme angebracht. Die katholischen Einwohner haben das Recht, von den städtischen Behörden zu verlangen, daß ihre katholisch-religiösen Empfindungen nicht mißachtet werden, da man die religiösen Gefühle Andersgläubiger achtet.

Aus Nr. 147 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 1. Juli 1911:

Ein neuer Prozeß des Dziennik Bydgoski.

Es könnte scheinen, daß die Polizei und die preußische Staatsanwaltschaft keine andere Arbeit haben, als im Dziennik Bydgoski nach Sünden gegen den preußischen Geist zu forschen. Welche Erfindungsgabe und welchen Scharfsinn sie hierbei entwickeln, das beweist unser neuester Prozeß. In Nr. 128 hatten wir mitgeteilt, daß sich Schulungen auf der Wißmannshöhe herumgeprügelt hatten. Bei dieser Gelegenheit wandten wir uns an die polnischen Eltern, sie möchten auf ihre Kinder achten und sie behüten, da die Verderbnis immer weiter um sich greife. Und wir fügten hinzu:

„Aber euch ist es sicherlich gleichgültig, ob eure Kinder zu deutschen Lutheranern, zu Spitzbuben, die die Gefängnisse bevölkern, usw. heranwachsen.“

(N. Ges. überbl. Nr. 24, Seite 668.)

Aus dem vorstehenden Ausspruch hat die Staatsanwaltschaft in ihrem hervorhebendswerten Scharfsinn die Folgerung gezogen, daß wir die deutschen Lutheraner auf eine Stufe mit Spitzbuben gestellt hätten.

Wir waren der Ansicht, daß wir das Recht haben, die polnisch-katholischen Eltern zu warnen, damit sich ihre Kinder nicht verdeutschen, noch zu Lutheranern werden, noch auch zu Spitzbuben heranwachsen, aber der Bromberger Staatsanwaltschaft gefällt dies augenscheinlich nicht. Was nun ihre Auslegung des betreffenden Absatzes anbetrifft, so fragen wir unsere Leser, ob auch nur einer ihn so verstanden hat, wie der Herr Staatsanwalt.

Unbegreiflich ist es uns, wie bei einem derartigen Scharfsinn der interessierten Behörden der bekannte Werd der Kordylas im Rinkauer Walde bis jetzt unaufgeklärt bleiben konnte.

Aus Nr. 25 des Głos Wielkopolek (Posen)
vom 24. Juni 1911:

Polnischer Geschichtsunterricht während der Ferien.

Bald werden die Ferien, die Zeit der Freiheit und der Entspannung für die Kinder, beginnen. Dieses Ausruhen nach monatelangem Sitzen in der Stadt und bei den Büchern gebührt den Kindern vollauf. Ausruhen, Kräftesammeln und dann auf die Schulbank zurückkehren: das ist das Ziel des Ferienmonats.

Sollen nun die Kinder den ganzen Monat dem Vergnügen opfern? Die Schule gibt ihnen keine größeren Aufgaben auf. Sowohl Eltern als Kinder genießen die Freiheit — wenn ich mich so ausdrücken darf — eine amtliche Freiheit. Doch müßten die Eltern aus Erziehungsgründen der Ferienzeit ein gewisses Ziel setzen. Eine übergroße Freiheit erzeugt Übermut, und ein allzu großes Ausruhen Faulheit. Doch gerade unsere polnischen Kinder müssen vor dem einen und dem andern bewahrt werden. Polen gebraucht ein diszipliniertes und arbeitames Geschlecht. Doch das ist nicht alles: Polen braucht solche Geschlechter, bei welchen das nationale Bewußtsein weder abschwächt noch erlischt. Und welches bessere Mittel haben wir zur Entwicklung dieses, uns in der gegenwärtigen Zeit so notwendigen nationalen Bewußtseins, als das erstrebte Mittel des vaterländischen Geschichtsunterrichts?

In anderen Ländern ist dieses gewissermaßen überflüssig, denn die Schule sorgt dafür; bei uns ist es anders. Unsere polnische Schule würde wohl dafür sorgen — doch wir haben sie nicht. Es hat sich so unglücklich gefügt, daß auf polnischem Boden das polnische Kind von dem Ruhm des eigenen Volkes, über die Zukunftshoffnungen dieses Volkes nichts in der Schule erfährt, und wenn schon, dann doch nur gelegentlich.

Es ist schlimm — und damit sich abzufinden, fällt schwer. Dem muß vorgebeugt werden. Und auf welche Weise? Die Antwort ist leicht: so, wie es die gegebenen Verhältnisse gestatten.

Und es ist Tatsache, daß man es kann. Die Kinder haben doch Ferien, sie haben einen ganzen Monat Zeit und bleiben während dieser Zeit unter der ausschließlichen Leitung und Erziehung ihrer Eltern. Während der Ferienzeit haben die Eltern die beste Gelegenheit, festzustellen, inwieweit ihre Kinder dem Ideal, welches sie sich über einen guten Polen und Bürger gebildet haben, entsprechen. Sie sehen die Lücken und bemühen sich, sie auszufüllen und auszugleichen.

Zu guten Polen und guten Polinnen muß man die Kinder erst erziehen — von selbst werden sie es nicht.

Die Väter sind überwiegend beschäftigt. Doch die Mutter hat die Pflicht, die Kinder dementsprechend zu erziehen. Und wie? Ganz einfach, von der Zeit, über die die Kinder verfügen, eine oder zwei Stunden nehmen und sie ausschließlich der vaterländischen Geschichte weihen.

Die älteren Kinder bekommen entsprechende Geschichtsbücher in die Hand. Mögen sie lesen und die wichtigsten Daten auswendig lernen — und den Eltern über das Gelernte Rechenschaft ablegen. Der Vater hat Gelegenheit zu berichtigen, und die Mutter die historischen Vorgänge zu unterstreichen, welche zu Herzen gehen und die polnische Seele ansprechen. Dabei muß es den Kindern gesagt werden, daß dies kein Spiel, sondern heilige Pflicht ist, welche erfüllt werden muß. Dieses verlangen die Ehre, die Vaterlandsliebe und ein edler Instinkt. Solche Unterhaltungen mit den Kindern haben eine weittragende Bedeutung, sie ersetzen das, was die Schule nicht erfüllen kann. Mögen an diesen Unterhaltungen auch die jüngeren Kinder teilnehmen, mögen sie sich an solche Begriffe, wie Pflicht gegen Vaterland und Nation, gewöhnen.

Mit den 8- bis 13-jährigen Kindern müßte sich eine Frau — sei es die Mutter, oder ein anderes weibliches Weib — beschäftigen, denn nur die Frau ist imstande, die Regungen des kindlichen Herzens zu erraten.

In einem Monat kann man im Umriß die ganze polnische Geschichte behandeln! Hier geht es nicht um trockene Tatsachen, um Daten, deren Bedeutung man erst später würdigen lernt, sondern hier geht es um unendlich viel Bedeutenderes. Nach den Motiven der vaterländischen Geschichte muß man die kindliche Seele formen, muß man die Töne zu treffen wissen, — Töne unserer großen, glücklichen und unglücklichen Epochen des nationalen Lebens, die in jedem polnischen Herzen ein Echo zu erwecken vermögen. Die polnische Seele formen, sie in den Quellen des Polentums baden, sie härten für die unerforschliche Zukunft . . .

Die ganze reiche Welt unserer Sagen und Legenden und unseres historischen Erlebens steht dem polnischen Weibe offen. Dies alles kann die polnische Frau den Kindern mitteilen, welche zu guten Polen und Polinnen aufwachsen sollen. Das wird die Kinder nicht langweilen. Eine an Begebenheiten so reiche Epoche, wie die der schwedischen oder Kosakenkriege, und die Zeit unserer Anstrengungen, sich nach den erfolgten Teilungen vom Fall

zu erheben, wird auch in den gleichgültigsten Kindern Interesse erwecken.

Die Kinder sind neugierig und empfänglich — daran muß immer gedacht werden.

Es gibt Mütter, die imstande sind, den Kindern aus dem Gedächtnis polnische Geschichte zu lehren — leider nicht alle. Mögen diejenigen, die dies nicht können, sich ein Geschichtsbuch kaufen, und daraus den Kindern vorlesen. Jedem Kinde ist dabei immerfort einzuprägen: Jeder Pole und jede Polin muß wissen, worauf ihr Polentum beruht und wie man dieses Polentum erhalten und entwickeln kann.

Die Kinder müßten nicht nur verstehen, nicht nur wissen, sondern auch fühlen, daß es uns schlecht ergeht, daß wir aber die gewisse Hoffnung haben können, daß es besser, ja sogar ganz gut werden muß. Es muß besser werden nicht deswegen, weil man so spricht und so zu sprechen gewöhnt ist, sondern deswegen, weil die Zukunft dieser Aenderung zum Bessern in den Schicksalen unserer Nation von uns selbst abhängt. Von uns allen, soweit wir die Pflichten, welche das Schicksal uns auferlegt, gewissenhaft erfüllen werden.

A. Miecznik.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 146 der Gazeta Toruńska (Thorn)
vom 29. Juni 1911:

Verbandstag der landwirtschaftlichen Vereine in Berent.

Berent, den 26. Juni 1911.

Aus Anlaß der Gewerbeausstellung ist hier auch der diesjährige Verbandstag der landwirtschaftlichen Vereine bei überaus zahlreicher Beteiligung von Delegierten abgehalten worden. Die Verhandlungen eröffnete der Vizepatron des hiesigen Kreises, Propst Wroblewski.

Ins Bureau wurden berufen: Herr (päpstlicher) Kammerherr Dr. Roman v. Komierowski aus Niezychowo als Vorsitzender, Herr Propst Lipski aus Garczyn als stellvert. Vorsitzender, Herr Kryzan aus Kulmsee als Schriftführer, und als Beisitzer Herr Abgeordneter Sikorski aus Groß Chelm und Herr Piotrowski aus Szprudowo.

Dann begrüßte der Patron Dr. v. Polczynski aus Wittstock die Delegierten und Gäste und erstattete den Bericht über die Tätigkeit des Patronats sowie über die Entwicklung der landwirtschaftlichen Vereine im verflossenen Jahre. Er stellte mit Befriedigung fest, daß die Zahl der Vereine auf 86 und die Zahl der Mitglieder auf über 5000 angewachsen sei. Das Verbandsorgan Kłosy decke nicht nur die Kosten, sondern werfe sogar schon einen Gewinn ab.

Als eine weitere Erscheinung der Entwicklung der Arbeit führt der Herr Patron die Anstellung eines Wanderlehrers in der Person des Herrn Kryzan an, der vorläufig in Kulmsee wohnt, in kurzer Zeit aber nach Br. Stargard umziehen wird.

Auf Antrag des Patrons sind zwei Resolutionen beschlossen worden.

1. Allen Mitgliedern wird das Halten der Kłosy empfohlen.
2. Trotz der gerichtlichen Urteile werden sich die landwirtschaftlichen

Vereine auch weiterhin mit Politik nicht befassen.

Namens der landwirtschaftlichen Vereine der Provinz Posen überbrachte ihr Vertreter, der Abgeordnete Dr. Roman Janta v. Polczynski aus Zabitschin, ihre Glückwünsche, und namens der Kujawier Prälat Laubitz aus Hohensalza. Beide Gäste wurden lebhaft begrüßt.

Der Tagesordnung entsprechend hielt Herr Kammerherr Dr. v. Komierowski einen Vortrag über landwirtschaftliche Zölle, der vom Patron Herrn Dr. v. Polczynski ergänzt wurde.

Den Inhalt der Vorträge kann man in den Worten zusammenfassen: Die Getreidezölle haben die Landwirtschaft gehoben, und ihre Ermäßigung würde die Landwirte und die Volksgeamtheit ruinieren.

Eine Diskussion über die Zölle fand nicht statt, auch wurde keine Resolution gefaßt.

Herr Kammerherr v. Komierowski teilte mit, daß die großpolnischen Landwirte folgende Forderungen stellen:

1. Erhöhung der Getreidezölle.
2. Erhöhung der Zölle für Federvieh und Eier.
3. Verschärfung der Grenz veterinärvorschriften hinsichtlich des ausländischen Viehs und besonders hinsichtlich des Schwarzwiehs.

Zum Schluß hielt Propst Wroblewski einen Vortrag über Versuche mit künstlichem Dünger, worauf der Verbandstag unter den üblichen Hochrufen geschlossen wurde.

Aus Nr. 77 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 29. Juni 11:

In dem Bericht des Pielgrzym über den

„Verbandstag der landwirtschaftlichen Vereine in Westpreußen“

heißt es u. a.:

Obwohl sich die landwirtschaftlichen Vereine in Wirklichkeit mit Politik nicht befassen und sich auch nicht befassen dürfen, fand eine ganze Reihe von Prozessen über angeblich politische Bestrebungen statt. Der Patron schlug zu diesem Zwecke eine Resolution vor, doch Pfarrer Bolt riet, jede Diskussion darüber zu unterlassen, da sich die landwirtschaftlichen Vereine in Wirklichkeit mit Politik nicht befassen, weil ihr Ziel die Arbeit an der Hebung der Landwirtschaft sei. Die Versammlungsteilnehmer erklärten sich damit einverstanden. An die Vertreter der Presse wendete sich Pfarrer Bolt mit der Bitte, die Bestrebungen der landwirtschaftlichen Vereine zu unterstützen und nicht über Angelegenheiten zu schreiben, die mit der Versammlung der landwirtschaftlichen Vereine eigentlich (?) nichts gemein hätten und unnötiger Weise Prozesse hervorriefen.

Aus Nr. 79 der Gazeta Gelanska (Danzig)
vom 4. Juli 1911:

Delegiertenversammlung der Gewerbevereine in Westpreußen.

Am Peter Paulstage ist im BazarSaale zu Berent die Delegiertenversammlung der Gewerbevereine in

Westpreußen abgehalten worden. Die Versammlung fand in streng geschlossenem Kreise statt.

Eröffnet wurde die Versammlung von dem Vorsitzenden des Gewerbevereins in Berent Herrn A. Sobota. Vorsitzender der Versammlung war der Abgeordnete Johann Brejski, stellvertretender Vorsitzender Propst Dr. Muszynski aus Neuenburg, Schriftführer der Besitzer der Zigarettenfabrik „Drianda“ in Strassburg Herr S. Stawinski, stellvertretender Schriftführer Herr Fr. Biedowicz aus Berent, und Beisitzer waren die Herren Johann Chmara aus Cezyn sowie Josef Gyzewski aus Danzig.

Erster Referent war Herr Dr. Karasiewicz aus Tuchel, der über den gegenwärtigen Stand der Gewerbevereine in Westpreußen berichtete. Zunächst sprach er dem Ausstellungskomitee seinen Dank aus, das trotz der schwierigen Verhältnisse die Ausstellung zustande gebracht habe. Eine Ausstellung, die wir aus eigenen Kräften veranstalten, ist ein Ausdruck der gewerblichen schöpferischen Kraft und ein Beweis dafür, was eine gemeinsame, ehrliche und opferwillige Arbeit zu leisten vermag. Dem Ausstellungskomitee ist für alle Bemühungen durch Erheben von den Plätzen gedankt worden.

Was die Belebung der einzelnen Gewerbevereine durch Deputierung eines besonderen Sekretärs usw. zu den Versammlungen anlangt, so beabsichtigt der Gauverband die Verbesserungen abzuwarten, die in Kürze im Hauptvorstand eintreten sollen. Eine Gaukasse soll nicht eingerichtet werden.

Zum Bericht über die Tätigkeit der Gewerbevereine im verfloffenen Jahre übergehend, bemerkte Herr Dr. Karasiewicz, daß vier Vereine überhaupt keinen Bericht eingefandt hätten. Auch müsse beklagt werden, daß viele Vereine die Verbandsbeiträge nicht bezahlten, die 30 Pfg. pro Mitglied und Jahr betragen. Für die Handwerker und Gewerbetreibenden seien nützliche Handbücher herausgegeben worden, die benutzt werden müßten. Auch würden Vorträge für die Gewerbevereine herausgegeben werden. Es sei nur eine anhaltende und energische Arbeit an der Erhaltung und Entwicklung der schon bestehenden sowie die Gründung neuer Vereine erforderlich.

Den zweiten Vortrag hielt der Verbandsdelegierte Herr Rechtsanwalt Wyczynski aus Posen über die Notwendigkeit der Buchführung für Gewerbetreibende und Handwerker. Jeder Gewerbetreibende und Handwerker — führte Referent aus — müsse Bücher führen. Sie lebten alle über ihre Verhältnisse und es werde zu wenig gespart. Die Bücher und Korrespondenz müßten **in der Muttersprache geführt werden**, was nach dem Handelsgesetz erlaubt sei. **Die Führung der Korrespondenz und Bücher in deutscher Sprache führe zur freiwilligen Germanisierung.** Auch jede Hausfrau müsse Bücher führen. Die Gewerbevereine sollten Buchführungskurse veranstalten.

Dann hielt Herr Dr. Karasiewicz einen Vortrag über Handwerker Genossenschaften. Redner besprach das Verhältnis des Handwerkers zu den Genossenschaften; die Genossenschaften trügen zur Hebung des Handwerks bei, und trotzdem werde häufig geklagt, daß es dem Handwerker am schwersten gemacht werde, ein Darlehn zu erhalten. Man müsse dafür sorgen, daß der Handwerker freien und billigen Kredit auf Antrag erhalte. Es müsse dafür gesorgt werden, daß in den Aufsichtsrat der Volksbanken (Bank Ludowy) nicht nur ausschließlich Landwirte, sondern auch Kaufleute und Handwerker gewählt würden. Auch müsse angestrebt werden, daß die Banken Darlehen gegen Diskontierung der Bücher oder Forderungen gewährten.

Korreferent war Herr Dr. Kubacz aus Danzig, der insbesondere über Handwerker Genossenschaften sprach. Unter der Fabrik Konkurrenz — führte Herr Dr. Kubacz aus — habe der kleine (polnische) Handwerker zu leiden. Daher müßten Handwerker Genossenschaften zum Großeinkauf von Waren und gemeinsamen Einkauf von Maschinen usw. gegründet werden. Dann würden die Preise niedrig, die Arbeit schnell und der Nutzen allgemein sein.

Herr Dr. Karasiewicz rät, außerdem einen Verein zum gemeinsamen Einkauf ohne Kapitalkrisis nach dem Beispiel der Seidenzeughändler in Westpreußen zu gründen.

Es wurde ein Komitee gewählt, das sich mit den Vorarbeiten zur Gründung von Handwerkerbanken befassen soll. Ihm gehören an die Herren Dr. Karasiewicz, Stawinski, Gyzewski und Szwaba.

Dann wurden Sachverständige zur Begutachtung der Ausstellungsgegenstände gewählt, worauf ein gemeinsames Mittagessen stattfand, nach welchem die Gewerbeausstellung nebst der ethnographischen Abteilung besichtigt wurde.

Die nächste Delegiertenversammlung wird in Neuenburg abgehalten werden.

Aus Nr. 78 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 1. Juli 1911:

Geistlicher Sawicki.

Den gestrigen „Danziger Neuesten Nachrichten“ wird aus **Dirschau** mitgeteilt, daß der dortige Propst, Dekan und bischöfliche Delegierte Robert Sawicki am 13. Juli sein 40jähriges Amtsjubiläum feiern wird. Geistlicher Sawicki war immer eine Stütze des Deutschtums, schließt der Korrespondent des polenfreierischen Organs. Um dieses letzte „Verdienst“ geht es den Dirschauer Hatzisten wohl hauptsächlich, doch wir sind der Ansicht, daß er dadurch sowohl dem geehrten Jubilar als allen Germanisatoren-Geistlichen einen „Bärendienst“ erwiesen hat.

Aus Nr. 149 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 4. Juli 1911:

Aus dem Kreise Löbau.

Das „Vaterland“ wird um eine Säule stärker sein, damit man nicht im Stande sein wird, es zu besiegen. In dem rein polnischen Dorfe Nikolaiten ist auf Veranlassung des Schulzen, eines Polen, ein Feuerwehrverein gegründet worden.

Wegen seiner Bemühungen um die Entwicklung des Vereins ist er auch zum Ehrenvorsitzenden desselben ernannt worden. Der Zweck, den ein solcher Verein verfolgt, ist lobenswert, aber daß ihn Polen zur Germanisierung der eigenen Person und der Volksgesamtheit gebrauchen sollten, das übersteigt doch alle menschlichen Begriffe. Der Führer selbst spricht nur gebrochen deutsch, er muß sich seine arme Zunge zerbrechen, und die Mitglieder verstehen knapp einige deutsche Worte. Wenn es sich um polnische Angelegenheiten handelt, z. B. um die Gründung eines polnischen Vereins, dann versteckt sich unsere Jugend und fürchtet das Tageslicht. Es gibt dort keinen Ort für unsern ungebildeten Landsmann, wo er sich, wie ihm der Schnabel gewachsen ist, verständigen könnte, er meidet unsere Vereine, wie der Teufel das geweihte Wasser, aber hier erschien, sobald nur die Trompete zur Gründung des deutschen Vereins ertönte, unsere

Bevölkerung in Scharen, und zwar in Feiertagskleidung, um diesen großen Tag zu ehren. In Scharen trat sie in die antipolnischen Reihen und stand wie eine Mauer unter der deutschen Standarte. Wie Bienen zum Korbe eilten unsere Jünglinge heran, denn es waren doch Herren aus der Stadt erschienen, die ihnen Bier und Schnaps kauften, und der in Schweiß gebadete Gastwirt schleppte die Getränke heran und stellten sie ihnen vor die Nase; manche genossen aus Freude über die Stärkung des Vaterlandes durch eine neue kräftige Säule fast allzuviel des Guten. Aus diesem Grunde brüllten sie noch um Mitternacht im Dorfe; sind das vielleicht die Folgen der vor 4 Wochen abgehaltenen Mission? Besser würde ein solcher Jüngling, der keine Gelegenheit hat, die freien Augenblicke irgendwo zu verbringen, handeln, wenn er sich an die Arbeit an seiner eigenen Person machen würde, und die Wirte würden richtiger handeln, wenn sie sich um ihre Wirtschaft kümmern und ihre freie Zeit im Kreise der Nachbarn verbringen würden, um sich gegenseitig zu belehren. Sie würden dann eine Stütze unserer Volksgemeinschaft, nicht der Regierung, werden, die nur verlangt, daß man die Steuern bezahlt und den Mund hält.

Wie wird ihnen so wohl sein, und wie werden vor Freude die Herzen unter dieser blauen Uniform mit roten Aufschlägen schlagen! Welch unaussprechliche Freude wird die Herzen des Vaters und der Mutter erfüllen, wenn sie ihren Sohn als Mitglied und Kämpfer der Germanisierung erblicken. Wird es für sie nicht ein wahres Paradies auf Erden sein, wenn die fröhlichen Hymnen zum Preise des „Vaterlandes“ an ihre Ohren klingen werden?! Jüngling, wohin willst du in deiner Blindheit!

(Die letzten Absätze können wir nicht veröffentlichen, weil sie zu scharf sind. Die Redaktion).

Aus Nr. 140 des Orędownik (Posen)
vom 22. Juni 1911:

Die Schützengilde in Flatow.

Flatow, im Juni.

Wenn schon jedem Hakatisten bei dem Gedanken an die Enteignung das Wasser im Munde zusammenläuft, so ist das bei unsern Flatowern um so mehr der Fall. Sie sind zweifelsohne der Meinung, daß die Enteignung der Bauern ebenso leicht von statten gehen wird, wie die diesseitige Enteignung der Schützengilde. Daher hat man in der letzten Ostmarkenvereinsitzung beschlossen, an den Abgeordneten des Kreises Flatow — Wilkens — und an den Abgeordneten des Kreises Deutsch-Krone — Gamp — die Bitte zu richten, für die Enteignung energisch Propaganda zu machen. Doch kommen wir zur Schützengilde. Der sächsische Kurfürst und polnische König August II gründete im Jahre 1702 die Schützengilde zwecks „Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung“. Im Jahre 1788 hat der preußische König Friedrich Wilhelm II. die Rechte der Gilde, namentlich die Prerogative des Schützenkönigs bestätigt. Im Jahre 1902 hat man mit großem Lärm das 100jährige Jubiläum gefeiert, bei welcher Gelegenheit Geistlicher Domanski eine Rede über das Vaterland hielt. Es ist unbekannt, aus welchen Gründen in der Gilde immer weniger Deutsche und desto mehr Polen waren, kurzum, der ganze Vorstand bestand fast nur aus Polen. Auf Zureden von eifrigen Hakatisten meldeten sich plötzlich in einer Eingabe 60 Deutsche zur Aufnahme in die Gilde. Der Vorstand gab zur Antwort, daß er eine solche Kollektiveingabe nicht berücksichtigen könne und stellte

anheim, Einzelerklärungen abzugeben. Daraus entstanden nun Beschwerden und verschiedene Korrespondenzen. Schließlich hat der Oberpräsident auf Grund einer angeblichen Instruktion vom 31. Dezember 1825 — Gesetzesammlung vom Jahre 1826 Seite 1 den Verein aufgelöst. Das Gericht schickte den Gerichtsvollzieher, der das Vermögen aufschrieb und einen Verwalter ernannte.

Sofort hat sich ein deutscher Verein unter dem Namen „Deutscher Schützenverein“ gebildet, welcher in öffentlichem Aufzuge die Fahne und verschiedene Abzeichen der früheren Schützen trug — obwohl die „Schützenbrüder“ von vornherein wußten, daß sie das ganze Erbe antreten werden. Zu der erwähnten Jubiläumsfestlichkeit der alten Gilde hat der Vorstand ein Darlehn von 1000 Mark aufgenommen. Jetzt hat der Vorstand die Regierung aufgefordert, da sie das Gildevermögen in Höhe von 6—7000 Mk. genommen hat, auch die Schulden zu übernehmen. Erst durch eine gerichtliche Klage hat man die Regierung dazu zwingen können. Jetzt hat die Regierung dem neuen Verein großherzig versprochen, ihm das ganze Vermögen zu überlassen, falls er sich verpflichte, die Schulden in Höhe von 1000 Mk. und etwa 200 Mk. Gerichtskosten zu übernehmen. Damit war der Verein sehr gerne einverstanden, denn wer würde nicht 6—7000 Mk. für 1200 Mk. nehmen.

Ein solcher Schaden wird den Hakatisten bei uns überall zugefügt — und trotzdem laufen noch die Polen in deutsche Vereine.

Aus Nr. 52 des Mazur (Ortelsburg Ostpr.)
vom 29. Juni 1911:

Die Versammlung des Wahlkomitees der Masurischen Volkspartei

fand am vergangenen Sonnabend in Ortelsburg bei sehr zahlreicher Beteiligung der Mitglieder statt. Die Verhandlungen waren sehr ernst und die Klagen flossen nicht in Bächen, sondern in ganzen Strömen, und das aus sehr vielen Gründen.

Zuerst war man damit einverstanden, die Kandidatur des Herrn J. Eugen Lewandowski aus Posen, dem die Masuren sehr zugetan sind, für den Kreis Ortelsburg-Sensburg nach Kräften zu unterstützen.

Für den Bezirk Lyck-Olecko-Johannisburg, der bisher vom Herrn Kochan aus Berlin eingenommen wird, hat man die Kandidatur des Herrn Gottlieb Labusch aus Haasenberg, eines Wirts und Freundes der „Masurischen Volkspartei“ und der „Masurenbank“, eines um die Masurenache verdienten Mannes, bestätigt.

Der dritte Wahlbezirk Reidenburg-Osterode ist bisher mangels eines geeigneten Kandidaten nicht besetzt worden, denn es ist keine leichte Sache, in Masuren zu kandidieren. Hierzu sind viel Aufopferung, demokratische Gesinnung, Arbeitslust, Kenntnis der Masuren und entsprechende Geldmittel erforderlich.

Man hat in polnischen und deutschen Zeitungen viel über die Wahlhandhabung in Masuren geschrieben, die Wirklichkeit ist jedoch noch tausendmal trauriger. Das masurische Volk ist wenig aufgeklärt und sehr ängstlich, es kann und will nicht von den ihm zustehenden Rechten, die ihm die Konstitution vorschreibt, Gebrauch machen. Gegenüber einem solchen Volke, welches Angst hat, sein Recht zu verlangen, lassen sich die Konservativen schreckliche Gewalttaten zu schulden kommen. Unser Komitee hat beschlossen, bei der diesmaligen Wahl alle gegen die Wähler begangenen Vergehen zu verfolgen und zwecks Bestrafung dem

Staatsanwalt zu übergeben. Man hat beschlossen, beim Reichstag gegen die Wahlvorstände, welche während der Wahl die Wahlzettel in die Urne legen würden ohne sie zu mischen, Beschwerde zu erheben.

Das ist direkt ein Verrat des Wahlgeheimnisses, und solche Machinationen machen alle Bestrebungen der Obrigkeit, die dem Volke eine geheime Wahl gestattet, illusorisch.

Dies ist ein Beweis dafür, daß die Konservativen solche Menschen sind, die das Volk zu entrechten suchen, und solche Leute muß man meiden. Klagen auf Gewalttätigkeiten, die während der Wahl dem Volke zugefügt werden, sind während der Versammlung von allen Lippen gestossen. Das Böse, welches die Konservativen so frech gemacht hat, muß sehr groß sein.

Über die Schimpfnamen „Polak“, „Katholik“, welche der „Pruski Przyjaciół“ gebraucht, hat man in der Versammlung gelacht. Man hat auch erwähnt, daß die deutschen Katholiken Stützen der Konservativen sind. Der katholische Geistliche Heller hat in einer konservativen Versammlung in Ortelsburg für Bieberstein gesprochen. Man hat auch verschiedene katholische Beamte in Ortelsburg namhaft gemacht, welche für die Konservativen tätig sind. Der katholische Geistliche aus Ortelsburg und der katholische Arzt aus Passenheim haben in der letzten Versammlung der Konservativen für Bieberstein gesprochen. Die Konservativen, die deutsch-katholischen Geistlichen, die katholischen Beamten, der „Pruski“, sie alle gehen mit den Konservativen, und uns predigen sie klug und ängstigen uns mit den Katholiken. Das ist die reine Verpottung des armen masurischen Volkes, und es ist die höchste Zeit, daß man diesem Spott der „Preußischen“ endlich mal ein Ende bereitet.

Die Versammlung, welche ein großes Interesse hervorgerufen hat, dauerte von 12 Uhr mittags bis 3 Uhr nachmittags.

Die Versammlung fordert alle Masuren auf, sich gegenseitig aufzuklären und auf die Gefahr aufmerksam zu machen, welche den Masuren von konservativer Seite droht.

Aus Nr. 53 des Mazur (Ortelsburg [Ostpr.])
vom 2. Juli 1911:

Die Stimme eines Masurenpatriarchen, eines 78jährigen Greises.

Diesen Brief schreibe ich nicht nur an einen sondern an alle. Wie unter den Masuren, so finden sich auch unter den anderen Völkern Leute zweifacher Meinung. Die einen sagen: So wie es war, so ist es, und so wird es auch bleiben — denn anders kann es gar nicht sein. Sie sind ruhig, und obwohl eine immer größere Last auf ihre Schultern gewälzt wird, so fragen sie nicht nach der Ursache ihrer Last und der Ungerechtigkeit. Andere dagegen denken anders: So wie es jetzt ist, war es nicht; die Welt hat sich verändert und mit ihr die Menschen, meistens zum Guten, aber auch zum Bösen. Abgesehen von den vielen guten und für das Volk nützlichen Gesetzen und Rechten, welche das Volk nach langen und blutigen Kämpfen erworben hat, brauchen wir uns nur an die so schlecht bekannte Leibeigenschaft zu erinnern. Erst nach der tiefsten Erniedrigung Preußens im Jahre 1806/07 hat man an die schweren Lasten der preußischen Bauern gedacht und befreite sie von Hand- und Spanndiensten. Doch diese Leute wissen es auch, daß im Laufe der Zeit auch viel Böses geschehen ist. So wird z. B. so mancher fragen: Wie kommt es, daß jetzt die Deutschen die Masuren und Polen verachten, verfolgen und ihnen das Land wegnehmen wollen,

wenn sie keine Deutschen werden? Auf diese Frage wird so leicht keiner eine beweiskräftige Antwort finden, denn diejenigen, die diese Verfolgungen inszeniert haben, sind zum Teil gestorben, und die noch überlebenden werden sich hüten, die Wahrheit zu offenbaren. Von den heutigen Verfolgern, Hatzisten und Ostmarkenvereinsmitgliedern kann man getrost behaupten, daß sie nicht wissen, was sie tun.

Sowohl der Masure als auch der Pole können mit gutem Gewissen sagen, daß sie den Deutschen zu Verfolgungen keine Veranlassung gegeben haben. Unsere Brüder und Väter haben ebenso wie die Deutschen ihr Blut fürs Vaterland vergossen; wir zahlen ebenso gut wie der Deutsche Steuern; was also verlangt man von uns? An die Beschuldigung, daß die Polen darauf ausgehen, sich von Preußen loszureißen, um ein polnisches Reich zu gründen, kann nur der glauben, der sie ausspricht. So etwas kann nur derjenige ausdenken, der nicht recht im Kopfe ist. Ob aber alle unsere Feinde nicht recht im Kopfe sind, das weiß ich nicht, doch ich vermute, daß sie etwas ganz anderes treibt, uns zu verfolgen. Ich bin gewiß, daß der Leier nach Anhörung meiner Meinung sagen wird: So ist es — das ist wahr! Den Masuren wird wohl das Sprichwort: „Es gibt keinen schlimmeren Teufel, als wenn ein Armer Herr wird“ bekannt sein. . . .

In derselben Lage waren einstmal auch die Deutschen. Als Deutschland zerrissen war und jeden Augenblick die Beute fremder Mächte werden konnte, ach, wie fügsam, friedlich und demütig waren da die Deutschen. Polen und Deutsche lebten wie zwei gute Freunde zusammen ohne Reid und Feindschaft. Wie der Deutsche polnisch lernte, um mit den Polen verkehren zu können, so erlernte auch jeder Pole freudig die deutsche Sprache. Dieses so glückliche Verhältnis hat sich jetzt gründlich geändert. Jene so ruhigen und fügsamen Deutschen haben sich in kurzer Zeit in Kalmücken verwandelt und sind bestrebt, jeden, der sich ihnen nicht fügen will, zu unterdrücken und zu verschlingen. Wenn nun jemand fragt: Welches große Wunder konnte den guten und schönen Charakter der Deutschen in einen so häßlichen und brutalen verwandeln? Dann antworte ich: weil er Herr geworden ist.

Nach der Besiegung der Franzosen im Jahre 1870/71 bemächtigte sich der Deutschen jener widerliche Stolz und Hochmut und der Wille, zu glänzen, welche alle und alles geringschätzen lassen. Eine solche Erscheinung muß jeden verständigen Menschen mit Ekel und Abscheu erfüllen. Nach ihrer Vereinigung und bewußt ihrer Kraft fielen sie in Hochmut und gingen auf Abwege. Mit ihrer brutalen Faust unterdrücken sie auch die edelsten und unschuldigsten Bestrebungen, wenn sie mit ihren verkehrten Ansichten im Widerspruch stehen. In Ermangelung eines andern Objekts richteten die Deutschen ihre Verfolgungssucht auf die preußischen Masuren, Polen und Dänen. Doch ich betone hiermit ausdrücklich, der größte Teil der Deutschen will von diesen Verfolgungen nichts wissen. Er verdammt scharf die Friedensstörer und ermahnt sie zur Ausübung der Gerechtigkeit. Diese jedoch verharren in ihrem Trotz und, da sie die Macht hinter sich haben, verbreiten sie Unruhe und Verwüstung im eigenen Volke.

Was für ein Unglück ist doch dieser nationale Kampf, der unser Leben vergiftet und es unwürdig macht! Soll jenes Zeitalter der Wiedergeburt des Volkes mit seinen großen Geistern und Lehrern für uns gänzlich verloren gehen? Stamm, Rasse, Blutbande! Wer von uns kann sagen: In meinen Adern fließt rein deutsches Blut, oder: in meinen Adern fließt polnisches Blut?

So bleibt also nur die Verschiedenheit der Sprache übrig, welche sich im Laufe der Zeit unter den Völkern verschiedenartig gestaltet hat. Warum verlangen die streitsüchtigen Deutschen von uns die deutsche Sprache, warum verbieten sie uns, polnisch zu sprechen? Weil sie sich mit uns nicht verständigen können. So ist es. Versteht aber ein alter deutscher Bauer den deutschen Bewohner der Großstädte? Versteht der Sozialdemokrat den Aristokraten? Versteht der deutsche Katholik den deutschen Protestanten? — Ach, wollten alle, die sich in dieser Welt nicht verstehen, sich gegenseitig ausrotten, so würde zuletzt nur ein Mensch übrig bleiben.

Dieser Kampf der unverständigen Deutschen gegen uns wegen unserer Sprache ist so grundlos, unnatürlich und unwürdig, daß er jeglicher Religion, Moral und den guten Sitten Hohn spricht. Wer angefallen wird, der muß sich verteidigen. Auch wir verteidigen uns; wir verteidigen unsern größten geistigen Schatz, unsere Muttersprache. Ein verständiger Mensch meint, daß ein kultureller Staat die Muttersprache seiner Bürger berücksichtigen und sie pflegen müßte. Weiter ist er der Meinung, daß das Volk selbst soviel Verstand besitzt, um auch ohne Zwang die Sprache der Nachbarn zu erlernen, ohne dabei seine Nationalität zu verleugnen.

Dieser Kampf entbehrt jeglicher moralischer Grundlage. Er hat keine Ursache in niederen, gemeinen Interessen, im Leichtsinne und persönlicher Feindschaft. Die Gier nach eitlen Ruhm, Eigennutz, und vor allen Dingen das persönliche Interesse: das sind die Haupttriebfedern, welche die habsburgischen Hezer auf diesen Weg treiben. Dieser Kampf der Deutschen gegen uns Masuren ist eine Sache der Verführung. Mit klingenden Phrasen von dem angeblich bedrohten Vaterlande wird die Mehrheit des deutschen Volkes irregeführt und gerührt. Unfähig der edlen und mutigen Taten, werfen sie sich auf die Mitbürger anderer Zunge und sind bestrebt, ihnen ihre Muttersprache zu entreißen, sie zu Deutschen zu machen, damit sie sich als die „besten“ Söhne, die für das Wohl des Vaterlandes sorgen, ein „Verdienst“ erwerben und dafür sich das Vaterland zur milchenden Kuh machen.

Soll es denn auch weiterhin so bleiben? Das, was die Habsburger heute verlangen, daß läßt sich niemals und unter keinen Umständen durchführen und verwirklichen. In ihrer Verbissenheit und Wut werden die Habsburger die Hand nicht zum Frieden reichen, sondern in ihrer Verblendung Kampf um jeden Preis suchen. Zum Frieden werden wir erst dann gelangen, wenn das preussische Volk sich an die Zeiten seines Ruhmes erinnern und solche Männer in den Landtag wählen wird, die die hohe Regierung zwingen werden, allen Schreibern und Aufwieglern den Mund zu stopfen und alle Unruhe stiftenden Ostmarkenvereine aufzulösen.

Damit diese Zeit des Friedens bald anbrechen möge, das wünscht aus ganzem Herzen

Bogumil.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 149 des Górnosłazak (Kattowitz)
vom 4. Juli 1911:

Der Abgeordnete Napieralski und das Zentrum.

Das Blättchen des Herrn Dr. Siegmund Seyda — die Gazeta Ludowa — wurde von diesem Führer der Nationaldemokraten offenbar nur dazu gegründet, um Schande und Argernis zu verursachen. Es ver-

spottet unsere schöne oberschlesische Mundart und stellt das polnische Volk in Oberschlesien in den Augen ganz Polens als ein verdeutschtes und in den Augen unserer Busenfreunde als „Wasserpölen“ hin. Dieses Blättchen, welches seinen Geburtstag unter der Losung, die politische Moral zu heben, angekündigt hat, sät und verbreitet fortwährend eine solche Unmoral, daß die Eltern dieses Blättchen sich vor ihren Kindern verstecken müssen; dieses Blatt, welches ankündigte, daß es niemanden persönlich angreifen werde, hat seit seinem Bestehen das einzige Ziel im Auge, bei dem Volke die Arbeit bekannter, sich des Volksvertrauens erfreuender Männer zu verdächtigen, sie mit den ordinärsten Beschimpfungen und Verleumdungen zu überschütten. Unter der katholischen Losung entstand es, und als die Feuerprobe eintrat, bestand es diese nicht. Die Nationaldemokraten erklärten sich aus Gründen der Toleranz für die Feuerbestattung, wiewohl die Kirche eine solche Bestattung ganz ausdrücklich verbietet. Das sind in dem kurzen Leben dieses Blättchens bisher die einzigen Momente, die seine Nichtigkeit erkennen lassen. Aber diese unterscheidenden Merkmale stimmen mit den Eigenschaften überein, durch die sich die Nationaldemokraten auch anderswo, in Galizien und im Königreich Polen, auszeichnen. Hier und dort hat sich das Volk von ihnen gänzlich abgewandt, und sie haben völlig bankrott gemacht. Im Königreich verließen die völkischen Elemente die Reihen der Nationaldemokraten schon längst, denn sie erwiesen sich als die ärgsten Versöhnungsparteiler, und in Galizien dezimierte und vernichtete sie das Volk jetzt bei den Wahlen vollständig. Desto mehr tollten sie jetzt in Oberschlesien umher und reden fortwährend im Namen der Nation, predigen vom Willen des Volkes und richten in der Volksgesamtheit eine vollständige Anarchie an.

Der Herr Abg. Napieralski, um seine Ansicht über das Verhältnis der Polen zur Zentrumspartei befragt, sagte:

1. Mit der Zentrumspartei sollen im Reichstage und preussischen Landtage nicht alle Brücken abgebrochen werden.

Und er hatte Recht, weil die polnische Fraktion als kleine Partei der Unterstützung der größeren Parteien bedarf. Unter den deutschen Parteien haben wir nur mit der Zentrumspartei ein Bindeglied, und dieses Bindeglied ist die Gemeinsamkeit des Glaubens, der Kirche und der gleichen katholischen Weltanschauung.

2. Herr Abg. Napieralski sagte, daß wir Polen, um diese Unterstützung zu gewinnen, der Zentrumspartei keine grundsätzlichen Zugeständnisse machen dürfen.

Was bedeutet dies? Es bedeutet, daß wir in den Landesteilen, in welchen wir die Mehrheit haben, kein Mandat an die Zentrumspartei abtreten dürfen — natürlich, wenn es sich um gleiche und geheime Wahlen handelt, in welchen die bloße Zahl entscheidet, denn für die Landtagswahlen haben wir mit dem Zentrum ein Kompromiß, welchem Herr Dr. Siegmund Seyda sein Mandat verdankt —, daß die Polen überall, wo sie leben, ihren nationalen Rechten, dem Recht auf selbständige nationale und soziale Arbeit zu Gunsten einer deutschen, also auch der Zentrumspartei, nicht entsagen dürfen.

3. Der Abg. Napieralski sagte, daß wir zum Zwecke der Unterhaltung enger Beziehungen in den Berliner Parlamenten gegen ein entsprechendes Entgelt Wahlkompromisse mit den Zentrumsleuten eingehen dürfen, und zwar in Wahlkreisen, in denen weder die Polen noch die Zentrumsleute mit eigenen Kräften siegen können, in denen vielmehr dritte siegen, unsere gemeinsamen Feinde, die Habsburger und Sozialdemokraten. Nach Ansicht des Abg. Napieralski sollten in diesen Wahlkreisen die Polen schon beim ersten Wahl-

gange zusammen mit dem Zentrum eine gemeinsame Aktion zwecks Verdrängung der gemeinsamen Gegner entfalten, sollten von vornherein in bestimmten Wahlfreien die Zentrumsleute für die Polen und umgekehrt stimmen, wodurch sich die Zahl der polnischen und der Zentrumsmandate vermehren würde. Beide Seiten hätten davon einen Vorteil. Wer nicht auf dem Standpunkt steht, daß wir in die Parlamente nur verkündete Greise schicken sollen, die nur jeden Monat einmal die Diäten einheimen kommen oder die nur mit dem Kopfe nicken, anstatt in den Kommissionen und im Plenum zu arbeiten — wer die parlamentarische Tätigkeit nach Gebühr einschätzt — wir überschätzen ihre Bedeutung auch nicht —, für den werden die Anschauungen des Herrn Napieralski eine Sache einfacher politischer Berechnung sein und nichts weiter.

Aber politische Berechnung ist für Leute, deren ganzes Programm eine leere, nach dem augenblicklichen Bedürfnis abgedroschene und wiederholte Redensart ist, eine zu schwierige Aufgabe. Und darum sind wir Zeugen dessen, was geschieht. Das Blättchen des Herrn Dr. Siegmund Seyda und ihm dem Geiste nach verwandte Zeitungen stellen die Abgeordneten Napieralski und Korfanty als Versöhnungsparteiler, als verkappte Zentrumsleute, als Feinde des polnischen Volkes hin, die das polnische Volk der deutschen Zentrumsparterie als Beute preisgeben. Wir weisen diese nichtswürdigen Angriffe und Verdächtigungen auf das entschiedenste zurück, denn sie werden nur von dem Blättchen des Herrn Dr. Seyda in die Welt gelassen, um Mißtrauen zu erwecken, alle Bande zu lösen und Verwirrung anzustiften besonders in einem Zeitpunkt, in welchem vor allem Friede und Einigkeit in unserm Lager, welches sich zum Hauptwahlkampfe mit seinen übermächtigen und zahlreichen Feinden rüstet, notwendig sind.

Wenn die Zentrumsleute ihre Hände nach Mandaten in solchen Wahlkreisen ausstrecken, die uns gehören, wenn die Zentrumsleute im Heimatlande oder in der Fremde die Polen in ihre Parteiorganisationen hineinziehen und aus ihnen für sich ein fremdländisches Heer bilden, wenn die Zentrumsleute das polnische Volk germanisieren, so werden und müssen wir alle diese Absichten und Bestrebungen bekämpfen, denn hier wollen die Zentrumsleute unser nationales Kapital vermindern. Daß wir in dieser Beziehung besser kämpfen können als diese händelsüchtigen Phrasenhelden, daß wir besonders in letzter Zeit heftige Kämpfe um dieses unser nationales Kapital führen, weiß das polnische Volk und unsere ganze Volksgeamtheit.

Die Nationaldemokraten stellen indes die Sache so dar, als ob in Westfalen und denjenigen Wahlfreien des Heimatlandes, in denen die Polen wegen ihrer zahlenmäßigen Minderheit nie siegen können, das Eintreten für den Zentrumskandidaten schon beim ersten Wahlgange das einzige Mittel zur Aufklärung des Volkes wäre. Wenn dem so wäre, so wäre dies für die Polen in der Fremde und in der Heimat ein trauriges Zeugnis. Denn die Arbeit an der Aufklärung des Volkes muß fortwährend, ununterbrochen und mit weit erfolgreicherem Mitteln vollzogen werden, als mittelst Abgabe des Wahlzettels. Das Volk soll sich in nationaler Hinsicht fortwährend durch Verbreitung nationaler Schriften, durch Arbeit in den politischen und Bildungsvereinen aufklären, das Volk soll sich auf Grund der nationalen Sonderstellung sozial organisieren, und in dieser Richtung liegt der Kern der Arbeiten der Aufklärung unseres Volkes. Der aufgeklärte Arbeiter versteht gleich uns, daß ein ehrliches und aufrichtiges Kompromiß nach dem Grundsatz: do, ut des eine einfache Berechnung ist, bei deren Durchführung er von seinem nationalen Kapital nichts einbüßen, sondern es vielmehr durch Vergrößerung der Zahl der polnischen

Mandate und durch Erleichterung der parlamentarischen Aktion ihrer Abgeordneten zum Wohle des Volkes noch vermehren wird. Das polnische Volk hat diese Berechnung in der Heimat und in der Fremde schon einmal bei den letzten Landtagswahlen ausgeführt und von seinem nationalen Kapital nichts eingebüßt, weil es sich, wie stets, klüger und verständiger erwies als diejenigen, welche in seinem Namen ohne jeglichen Auftrag das Wort führen.

Aus Nr. 116 der Gazeta Ludowa (Kattowitz)
vom 5. Juli 1911:

Eine Zusage des Abgeordneten Korfanty.

Herr Adalbert Korfanty machte durch Handschlag vor Zeugen dem Redakteur unseres Blattes, Herrn Felix Kasprzak in Michalkowitz, die feierliche Zusage und erhielt umgekehrt die gleiche Zusage, daß alle gegenseitigen Angriffe in den polnischen obereschlesischen Blättern aufhören werden.

Indes greifen die Bentheimer Blätter in der gestrigen Dienstagnummer (149) unser Blatt sogar an mehreren Stellen an.

Unser Urteil darüber geben wir nicht ab. Jeder ehrliche und vorurteilslose Mensch wird es sich selbst bilden.

Aus Nr. 116 der Gazeta Ludowa (Kattowitz)
vom 5. Juli 1911:

Die Polen und das Zentrum.

Warum können wir beim ersten Wahlgang niemals für die deutschen Kandidaten stimmen?

Wir schreiben in der Gazeta Ludowa bereits, daß der Abg. Napieralski die Ansicht geäußert hat, die polnischen Wähler müßten in solchen Wahlkreisen, in denen die polnischen Kandidaten keine Aussichten auf einen Sieg hätten, sofort beim ersten Wahlgang dem Zentrumskandidaten ihren Stimmen geben.

Dieser Ansicht können wir aus zwei Gründen nicht zustimmen.

Zunächst besteht der Grundsatz oder der Befehl unserer höchsten Wahlinstanz, daß die Polen beim ersten Wahlgang überall eigene polnische Kandidaten aufstellen sollen, selbst wenn dies nur zur Zählung der polnischen Stimmen wäre. Erst bei der Stichwahl unterhandelt das Zentralwahlkomitee mit deutschen Parteien, und je nach dem mit dieser oder jener Partei eingegangenen Kompromiß heißt es die polnischen Wähler ihre Stimmen demjenigen deutschen Kandidaten geben, den es für die polnische Sache als weniger gefährlich ansieht.

Wenn ein solcher Grundsatz in der polnischen Volksgeamtheit schon besteht, so muß es doch wohl klar sein, daß dieser Beschluß eine lange und gründliche Überlegung der Frage herbeigeführt haben muß, was für die polnische Sache, für die allgemeine nationale Sache besser und vorteilhafter ist, entweder die Wahl zweier oder dreier Reichstagsabgeordneten mehr, die den Polen nicht feindlich gesinnt sind, oder die nationale Aufklärung, wie sie sich unter den breiten Volksmassen durch die Wahlagitation ausgebildet, selbst wenn dies mit einem Verlust mehrerer Abgeordnetenmandate derjenigen Parteien verknüpft wäre, die uns nicht feindlich gesinnt sind.

Auch hier siegte die Ansicht, daß die Wahlzeit zur Verbreitung der nationalen Aufklärung unter den breiteren Massen, zur Weckung der polnischen Überzeugung unter der Bevölkerung so wichtig ist, daß

man alle Kräfte aufbieten muß, damit die polnische Wahlagitation in die entferntesten Winkel eindringe, damit sie aus dem Schlafe auch die Saumseligsten, die Gleichgültigsten wachriefe. Denn wir wissen doch alle, wie sehr wir als Polen in unseren Rechten geknebelt sind, welche Schwierigkeiten uns der Maulforbsparagraph bereitet, der die Veranstaltung von öffentlichen polnischen Versammlungen dort verbietet, wo der Prozentsatz der polnischen Bevölkerung nicht 60 Prozent beträgt.

Die in denjenigen Gegenden wohnende Bevölkerung, in denen uns dieser Paragraph den Mund geknebelt hat und uns keine polnischen Reden halten läßt, wäre erbarmungslos zu einer sicheren Vernichtung und zur Überschwemmung von deutscher Seite verurteilt, sie würde sich bald entnationalisieren und verdeutschen, wenn uns die Wahlzeit nicht überall den Mund lösen und überall in öffentlichen Versammlungen polnisch reden lassen würde.

Von diesem Recht, welches uns in der Wahlzeit überall, selbst in Berlin, öffentliche Versammlungen zu veranstalten gestattet, in denen wir polnisch sprechen dürfen, müssen wir voll und ganz Gebrauch machen und gerade in solchen bedrohten Grenzgebieten, in den Wahlkreisen mit einer polnischen Minderheit möglichst viele Wählerversammlungen veranstalten. Wir müssen in diesen Versammlungen möglichst viel polnisch reden und alle dazu anregen, ihre Stimmen dem polnischen Kandidaten zu geben. Auf diese Weise ruft man in den Saumseligen den polnischen Geist wach, frisch man in manchen das polnische Herz auf und erwärmt und regt manchen für die polnische Sache an.

Auf diese Weise von der Wahlzeit Gebrauch machend, werden wir Hunderte, Tausende, ja vielleicht sogar Hunderttausende polnischer Seelen erretten und sie dem Polentum erhalten.

Lohnt es nicht für eine solche Sache, wo es sich um die Errettung so vieler Tausender Polen von der Verdeutschung handelt, nicht zwei oder drei uns völlig gleichgültige deutsche Mandate zu opfern?

Es gibt unter uns gewisse unverbesserliche Politiker, die sich in Berlin wie in einen Regenbogen verguckt haben. Sie sehen dort das ganze Heil und unsere ganze Zukunft. Es gibt bei uns Politiker, denen es scheint, die polnische Sache werde am meisten dadurch gewinnen, wenn sich unsere polnischen Abgeordneten in Berlin ziemlich schlau werden zu drehen verstehen, wenn sie gegenüber der Regierung und der Regierungspartei einen ziemlich elastischen Nacken werden bewahren können. Diese Politiker hat die Ära der Verhöhnungspolitik, die gegenüber der preußischen Regierung von der polnischen Fraktion seit 1890—94 befolgt wurde, nichts gelehrt.

Damals waren doch die Polen ebenfalls Regierungspartei! Sie waren es deswegen, weil sie das Zünglein an der Wage für oder gegen die Regierung bildeten. Damals stimmten die Polen sehr loyal für alles, was nur die Regierung wünschte, und sie bewilligten alles das, was die Regierung nur forderte. Die polnische Fraktion bewilligte damals der Regierung Heer und Flotte, und aus Dankbarkeit für diesen treuen Dienst gab die Regierung den Polen einen Fußtritt und stieß sie brutal von sich, als sie ihrer nicht mehr bedurfte. Als die Regierung ihrer nicht mehr bedurfte, begann sie ihre — damals kurze Zeit unterbrochene — polenfeindliche Politik fortzusetzen, begann sie weiter Millionen zum Aufkauf polnischen Landes durch die Ansiedlungskommission hinauszuerwerfen und neue Ausnahmegeetze gegen die Polen zu schmieden.

Wir überzeugten uns damals, daß wir auf die Gunst der Regierung oder der deutschen Parteien nicht rechnen können. Spürten wir doch erst in den letzten

Wochen am eigenen Leibe, was die Freundschaft der Zentrumsparlei gegenwärtig, da sie in der Gunst der Regierung steht, bedeutet. Um diese Gunst nicht zu verlieren, stimmten die Zentrumsleute für den Ausnahmeparagraphen in den Landkrankenkassen und gegen den polnischen Unterricht der taubstummen polnischen Kinder.

Sollte uns dieses Verhalten nicht genügend davon überzeugen, wie eitel die auf die Hilfe des Zentrums gesetzte Hoffnung ist, sollte uns dies nicht überzeugen, daß nicht in der Berliner Diplomatie unserer Abgeordneten das Heil für die polnische Nation, daß nicht in Berlin das hauptsächlich und entscheidende Feld des Kampfes und der Verteidigung liegt, sondern bei uns im Heimatlande?

Wenn wir uns hier in der Heimat der Germanisierungsflut widersetzen, wenn hier in der Heimat unter der polnischen Bevölkerung die nationale Aufklärung und der Widerstand gegen die Germanisierungsgelüste wachsen wird, dann werden auch die Regierung und die deutschen Parteien damit rechnen müssen, denn sie werden sich überzeugen, daß uns die Ausnahmegeetze innerlich nur stärken, anstatt uns zu schaden. Dann erst werden sie mit den Polen ernst zu rechnen beginnen, und wir werden in Preußen das werden, was heut die Tschechen in Österreich sind, eine Kraft, um deren Unterstützung und Hilfe alle werben werden.

Aus Nr. 75 der Gazeta Opolska (Oppeln)
vom 29. Juni 1911:

Wahlvorbereitungen im Lager des Oppelner Mischmajes.

Unter dieser Überschrift berichtet die Gazeta Opolska über den Verlauf einer am 25. Juni abgehaltenen Versammlung des „Patriotischen Wahlvereins“ in Oppeln und knüpft daran folgende Bemerkungen:

„Das war etwa der Verlauf der Versammlung des patriotischen „Wahlvereins“. Von unserer Seite müssen wir hinzufügen, daß sich Herr Heymann irrt, wenn er zu beweisen sucht, daß in unserem Wahlkreise bei den letzten Reichstagswahlen der Polenkandidat nur deshalb gesiegt habe, weil er vom Zentrum unterstützt worden sei. So verhielt sich doch die Sache gar nicht, denn das Zentrum hatte seinen eigenen Kandidaten, den verstorbenen Pfarrer Wolny, der über 3000 Stimmen erhielt, während alle Stimmen, die auf die Gegenkandidaten fielen, zusammen 9580 betrugen. Der Pole (Pfarrer Brandys) erhielt 11507 Stimmen.

Die Hoffnungen des „Wahlvereins“ deutscher Patrioten, daß ein einem gewissen Flügel der Polen genehmer Zentrumskandidat den polnischen Kandidaten verdrängen und zu Fall bringen könnte, stützen sich auf tönernen Füße.

Wie soll übrigens ein Kandidat des um den hatatistischen Wahlverein sich gruppierenden Mischmajes auch nur den weniger aufgeklärten polnischen Wählern gefallen, wenn Herr Heymann von diesem Kandidaten ausdrücklich fordert, daß er weder die polnische Sache unterstützen, noch selbst die Berechtigung der polnischen Bewegung anerkennen dürfe!

Der „Wahlverein“ wird sich — ob er sich „patriotisch“ oder „deutsch“ nennt — in seinen Berechnungen und Hoffnungen zweifellos verrechnen, so, wie er sich bei den letzten Wahlen verrechnet hat. Das polnische Volk ist schon genügend aufgeklärt, um sich nicht auf den Leim geschickt durchdachter Machinationen der im Mischmaj verbundenen Herren Hatatisten verschiedener Schattierungen locken zu lassen.

Aus Nr. 114 der Gazeta Ludowa (Rattowitz)
vom 2. Juli 1911:

Die Arbeiterfrage in Oberschlesien.

Aus Arbeiterkreisen erhalten wir einen Artikel folgenden Inhalts:

Kein anderer Industriebezirk ist mit Naturgaben so ausgestattet, wie gerade der oberschlesische Industriebezirk. Kohlengruben, Erz- und Zinklager gaben einzelnen Unternehmern und Genossenschaften die Möglichkeit, ungeheure Hütten und Fabriken anzulegen, in denen Tausende polnischer Arbeiter beschäftigt sind. Von Zeit zu Zeit entstehen neue Gruben, welche die Grubenbarone bereichern.

Mancher Arbeiter möchte, da er die Verhältnisse in Oberschlesien nicht kennt, vielleicht glauben, daß dort, wo die Erde soviel Schätze hervorbringt, für den Arbeiter ein leichter und guter Verdienst sein müßte. So müßte es in Wirklichkeit sein. Aber in Oberschlesien verhält sich die Sache anders. Der seit Jahrzehnten an verschiedene Schikanen und Hungerlöhne gewöhnte oberschlesische Arbeiter ist gegen sein Geschick so unempfindlich geworden, daß sogar die Mahnungen ihm wohlgefinnter Menschen, die wehmütig die an ihm begangene Ausbeutung sehen, gar keine oder sehr wenige Vorteile zeitigen. Darum steht auch der oberschlesische Arbeiter in erwerblicher Beziehung seinen Kollegen in Westfalen um etwa 30 Prozent nach.

Von allen Arbeitern hat der Hüttenarbeiter die schlechtesten Löhne, da er 10 bis 12 Stunden arbeiten muß, um nur in Ausnahmefällen täglich mehr als 3,50 Mk. zu verdienen. Und er arbeitet darum in übelriechenden, von giftigen Gasen und Blei- und Zinkstaub überfüllten Räumen. Der Arbeiter wird deshalb frühzeitig erwerbsunfähig, kann sich in der Zeit, in der er arbeitsfähig war, keinen Notgroschen ersparen, denn der Kapitalist hat es so eingerichtet, daß er auch diesen elenden Verdienst dem Arbeiter entzieht, indem er ihn alles Nötige in den unter seinem Protektorat stehenden Konsumvereinen zu kaufen zwingt, wodurch der Arbeiter seiner Familie oder, falls er eine solche nicht hat, der Gemeinde, in welcher er wohnt, zur Last fällt.

Eine große Rolle bei der Herabminderung der Löhne des männlichen Arbeiters in Oberschlesien spielen die Frauen und Mädchen, die infolge der schlechten Löhne des Familienernährers gezwungen sind, selbst ihr Brot zu verdienen und, da sie eine billigere Arbeitskraft sind, eine ernste Konkurrenz für den männlichen Arbeiter bedeuten.

Infolge der schlechten Löhne und der noch schlechteren Behandlung begannen die schlesischen Arbeiter aus dem ewigen Schlaf zu erwachen und wollten ihre Existenz verbessern; deshalb wurde vor zwanzig Jahren eine Arbeiterorganisation unter dem Namen „Gegenseitige Hilfe“ gegründet. Es fehlte aber an Leuten, welche dieses Werk auf bessere Bahnen gelenkt hätten. Diese Organisation vermochte für den Arbeiter sehr wenig zu wirken, da sie ihm nur ein Sterbegeld gewährte und in ihrem Programm das Bestreben nach Verbesserung der Arbeiterexistenz noch nicht hatte. Dadurch veranlaßte sie falsche Freunde des Arbeiterstandes, wie die Sozialdemokraten und andere, zur Gründung von Filialen ihrer Verbände in Oberschlesien. Endlich am 28. März 1909 trat eine Wendung zum Besseren ein, indem sich die „Gegenseitige Hilfe“ mit der „Polnischen Berufsvereinigung“ und dem früheren „Polnischen Berufsverband“ zu einer starken Organisation verschmolz, die dem Arbeiter schon die Gewähr bieten konnte, daß sie ihn erfolgreich verteidigen kann. Einen Beweis hierfür lieferte diese selbe Organisation sofort

im folgenden Jahre während des Streiks in den Rosdzin-Schoppiniger Zinkhütten.

Als die Gruben- und Hüttenbarone merkten, der Arbeiter komme zu der Überzeugung, daß er, wenn er sich von seiner Macht überzeugt hat, nicht mehr so unterwürfig sein und sich nicht so ausbeuten lassen werde, begannen sie nachzudenken, wie dem vorzubeugen sei. Es wurden „Arbeitervereine“ und „Fachabteilungen“ gegründet. Doch fürchteten sie, daß die intelligenteren Arbeiter die weniger intelligenten von diesen Vereinen abhalten könnten, indem sie sie überzeugen, daß dies die Arbeitgeber mit List tun; darum dangen sie sich germanisatorische Geistliche, wohl wissend, daß das oberschlesische Volk noch aufrichtig gläubig ist, ihnen eher glauben und auf ihren Leim gehen wird. Und die Kapitalisten täuschten sich nicht, denn alle strebhaften Geistlichen, die auf fette Pfründen Jagd machen, führen diese Aufträge bis aufs F-Tüpfelchen aus.

Ich will hier nicht von dem Mißbrauch der Kanzel zur Agitation für die „Fachabteilungen“, noch von der Bekämpfung der polnischen Zeitungen reden. Diese Geistlichen gehen, wie die Gaz. Lud. schon mitgeteilt hat, so weit, daß z. B. in Radzionkau die Geistlichen Konieczko und Knosala den Mitgliedern der Berufsvereinigung das Lesen einer heiligen Messe ablehnten.

Jeder Leser einer polnischen Zeitung und jedes Mitglied der Berufsvereinigung wird sicher wehmütigen Herzens mit mir wiederholen: „Ihr, die ihr in Bequemlichkeit und Überfluß für das vom polnischen Arbeiter schwer verdiente Geld lebt und ihm noch das Schwarzbrot versagt, seid schuld daran, daß mancher polnische Arbeiter, der euer Verhalten sieht, in dem roten Meere der Sozialdemokratie zugrunde geht, ihr habt ihn dorthin getrieben.“

Was bleibt also dem polnischen Arbeiter übrig? Möge jeder polnische Arbeiter dafür sorgen, daß er und seine Kinder keine deutschen, sondern nur unsere polnischen Zeitungen, die ihm wohlwollen, lesen, möge er in umsichtiger, verständiger Weise für die „Polnische Berufsorganisation“ agitieren, dann wird ohne die Hilfe uns fremder und feindlicher Organisationen der oberschlesische Arbeiter die Arbeiterfrage zu seinen Gunsten lösen. Er darf bloß den Mut nicht sinken, sich von den Widerwärtigkeiten nicht abschrecken lassen, denn nur den Tapferen gehört der Sieg.

Ein Arbeiter.

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 143 des Dziennik Berlinski (Berlin)
vom 25. Juni 1911:

Der Blumentag und die Polinnen.

In der vorgestern abgehaltenen Plenarsitzung des Wahlvereins in Charlottenburg, an der sich eine bedeutende Anzahl von Mitgliedern beteiligte, darunter auch einige Damen, berührte am Schlusse seines Vortrages der Redakteur unserer Zeitung auch die Angelegenheit des letzten sogenannten Blumentages in Berlin, Charlottenburg und den benachbarten Ortschaften und die aktive Beteiligung von Polinnen an demselben. Es war nämlich zu seiner Kenntnis gekommen, daß sich die Tochter eines gewissen Mitgliedes des Wahlvereins ebenfalls mit dem Verkauf von Kornblumen zu Gunsten der Veteranen aus den letzten preußischen Kriegen befaßt hatte. Redner bemerkte unter allgemeinem beifälligen Nicken der Versammelten, daß diese Vettelei in der Stadt zu Gunsten der Veteranen aus den drei

für Preußen so glücklich verlaufenen letzten Kriegen für die Veteranen äußerst demütigend sei, die nicht deshalb in den Krieg gezogen seien und ihr Blut für das preußische Vaterland vergossen hätten, um im Alter mit Hilfe einer derartigen Bettelei unterstützt zu werden, und daß es die Ehrenpflicht des preußischen Staates und seiner Regierung sei, diese Kriegsveteranen so zu stellen, daß diese an der Reize ihres Lebens ohne Sorge um das tägliche Brot leben könnten. Fast in jeder größeren Stadt könne man Kriegerdenkmäler mit der stolzen Aufschrift sehen: „Das dankbare Vaterland seinen Kriegern“, aber diese „Dankbarkeit“ sei der Art, daß jene früheren Krieger und heutigen greisen Veteranen überwiegend monatlich kaum 10 Mark erhielten, sodaß von einem Gnadenbrot des „dankbaren Vaterlandes“ hier nicht die Rede sein könne. Das sei keine „Dankbarkeit des Vaterlandes“, daß man eine öffentliche Fechtereier zu Gunsten der Veteranen veranstalte, um mit Hilfe von Almosen sie, wenn auch nur in geringem Maße, für das zu entschädigen, was der Staat ihnen nicht gebe, aber geben müßte.

Mit Recht würden in verschiedenen deutschen Zeitungen immer energischere Stimmen der Opposition laut gegen das Schröpfen des Publikums im Großen auf den Straßen, in den Bankbüros, den Werkstätten, ja sogar in den Vortragssälen der Universität und der Hochschulen, und dies durch weißgekleidete Damen mit Kornblumensträußen am Busen und auf dem Kopfe zu Gunsten der Teilnehmer an den letzten drei preußischen siegreichen Kriegen, wie es der hiesige Rote Kreuz-Verein zu Ehren des 40. Jahrestages der Rückkehr des preußischen Heeres unter der Führung Kaiser Wilhelms I. veranstaltet hätte, der bekanntlich die Kornblumen liebt: dank diesem Umstande habe man diese schöne, für das Getreide aber schädliche Blume zur Würde eines preußischen Nationalembblems erhoben. Als ob Kornblumen nur im preußischen Getreide und nicht im Getreide ganz Europas wüchsen!

Wenn also diese Kornblumenbettelei schon von vielen Deutschen für unpassend gehalten werde, welches Interesse liege dann für die Polen vor, für diese „patriotischen“ preußischen Zwecke ihre Groschen zu spenden, und welches Interesse liege dann für die Polinnen vor, sie einzusammeln? Gleich nach dem letzten Kriege Preußen-Deutschlands habe doch die heftige Verfolgung des polnischen Elements in Preußen begonnen! Kurz nach diesem Kriege habe jener berühmte Kulturkampf angefangen, der in den polnischen Landen am heftigsten getobt, viele patriotisch empfindende Geistliche mit dem Erzbischof an der Spitze in die Gefängnisse und in die Verbannung getrieben und unter dem Drucke Bismarcks für uns insofern ein ungünstiges Ende genommen habe, als die Regierung das Recht des Einspruchs bei der Ernennung von Präpsten im Großherzogtum und in Westpreußen erlangt habe, von welchem Rechte jetzt die Regierung zum Schaden für unsere Volksgesamtheit sehr eifrig Gebrauch mache, besonders, wenn es sich um Geistliche handele, die sich durch ihre Arbeit um die Volksgesamtheit verdient gemacht hätten. Nach dem letzten für Preußen siegreichen Kriege sei die Ausweisung von 40 000 Polen aus Preußen gekommen: Unter diesen seien solche gewesen, die im preußischen Heere gedient und an den Feldzügen teilgenommen hätten. Es sei ferner die Ansiedlungskommission gekommen, die das polnische Volk von seinen uralten Sitten vertreibe und es in Massen in die Fremde jage, es sei die Verdrängung der polnischen Sprache aus den Gerichten, aus der Verwaltung und aus den Schulen gekommen, es seien Breschen, das Ansiedelungs-gesetz und schließlich das Enteignungsgesetz gekommen.

So habe man in Preußen der polnischen Bevölkerung dafür gedankt, daß ihre Söhne an den Kriegen teilgenommen und opferwillig ihr Blut auf den Düppeler Schanzen, auf den Schlachtfeldern von Königgrätz, Spichern und Weißenburg vergossen hätten. Im französischen Kriege habe man ihren Mut durch das Spielen des Liedes: „Noch ist Polen nicht verloren“ angefeuert, und nach dem Kriege habe man die ganze Regierungsmaschinerie in Bewegung gesetzt, um Polen und die Polen verschwinden zu lassen.

Wie habe sich also eine Polin, und dazu noch die Tochter eines Mitgliedes des Wahlvereins, finden können, die „patriotische“ Kornblumen zu Gunsten der Veteranen aus diesem Kriege verkaufte? —

In der Diskussion zeigte es sich, daß diese Polin leider keine Ausnahme gebildet hatte, weil nach einem drei und nach anderen sogar vier Polinnen aus Charlottenburg sich an der Kornblumenbettelei aktiv beteiligt hatten, und dies Töchter von Mitgliedern des polnischen Wahlvereins und zugleich Mitglieder des weiblichen Sokolvereins.

Ein Anwesender wies darauf hin, daß die Töchter von Polen sich auch aus moralischen Gründen an der Blumenbettelei nicht hätten beteiligen dürfen. Redner führte Beweise dafür an, daß verschiedene Herren den ihnen Blumen anbietenden Damen unanständige Anerbietungen gemacht hätten. Er habe selbst wahrgenommen, daß ein gewisser Stutzer in Charlottenburg einer Blumen verkaufenden Dame 20 M. für einen Kuß angeboten habe. Andere hätten ihnen noch schlimmere Vorschläge gemacht.

Eine Dame stellte fest, daß die Damen vom Roten Kreuz auf die Töchter der die 10 Mark-Pension erhaltenen polnischen Veteranen einen unerlaubten Druck ausgeübt hätten, um sie angeblich zu ihrem Vorteil zum Verkauf von Blumen zu bewegen.

Da nun heute und morgen in Berlin und Charlottenburg wieder eine neue Blumenbettelei veranstaltet wird, diesmal für einen andern Zweck mit Hilfe der sogenannten Margareten, wurde der Vereinsvorstand beauftragt, sich mit den Eltern der in Frage kommenden polnischen jungen Mädchen in Verbindung zu setzen und sie zu eruchen, ihren Töchtern nicht wieder zu gestatten, sich an dieser Bettelei zu beteiligen und sich vor den hiesigen Polen bloßzustellen. Außerdem wurde der Dziennik Berlinski gebeten, diese Angelegenheit öffentlich zu besprechen, was wir hiermit getan haben, indem wir alle Väter und Mütter inständig bitten, ihren Töchtern auf keinen Fall zu gestatten, sich an irgend einer Art von „Blumentag“ zu beteiligen, und jene Papierblumen selbst nicht zu kaufen.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 307 des Slowo Polskie (Lemberg)
vom 4. Juli 1911:

Verföhnliche Kombinationen.

Trotz der Versicherung des Reichskanzlers und preußischen Ministerpräsidenten, daß in der Germanisierungspolitik eine grundsätzliche Wendung nicht eintreten werde, herrscht in deutschen Kreisen, deren politische und materielle Interessen die Beibehaltung des polenfeindlichen Kurzes der letzten Jahre verlangen, eine große Beunruhigung. Es schwindet der Glaube an die Aufrichtigkeit der Regierungserklärungen, es erwacht das Bewußtsein, daß neue Beweggründe die entscheidenden Faktoren in Berlin zu einer neuen Orientierung in der inneren Politik treiben. Es verstummen

also die heftigen Proteste gegen die erwartete Umkehr nicht, und gleichzeitig mehrten sich die verzweifeltsten Anstrengungen, die Regierung von der Notwendigkeit des Ausstehens auf dem von Bülow gewiesenen Wege zu überzeugen und sie zum Erlasse neuer Vorschriften zu drängen, welche die Bewegungs- und Entwicklungsfreiheit der polnischen Bevölkerung noch mehr einschränken würden.

In der Tat fehlt es nicht an Erscheinungen, die zu der begründeten Annahme berechtigen können, daß die Berliner Regierung in ihren Anschauungen, betreffend die Zweckmäßigkeit der polenfeindlichen Politik mankelmütig geworden ist und einen Ausweg aus der schwierigen Lage sucht, in die sie infolge dieser Politik geraten ist. Hinweisen kann man dabei auf die auffallende Müßigkeit der Minister in den die polnische Frage betreffenden Kundgebungen und auf das entschiedene, fast gewalttame Auftreten des Landwirtschaftsministers gegen die hafatistische Agitation. Es ist ferner Tatsache, daß in den letzten Zeiten eine bedeutende Reduktion der in der Ansiedelungskommission beschäftigten Beamten erfolgt ist, daß zwar der Präsident dieses Instituts, Gramsch, noch auf drei Jahre in seinem Amte bestätigt wurde, daß aber die Regierung aus der Kommission systematisch die durch ihre besondere Verbundenheit in der Germanisierungspolitik bekannten Persönlichkeiten, wie z. B. den Geheimrat Busch, vermutlich in der Absicht entfernt, daß sie die gegen ihre neue Politik in der Kommission vorhandenen Opponenten loszuwerden wünscht. Tatsache ist auch, daß der Oberpräsident v. Waldow, ein großer Protektor des Hafatismus, seinen Posten verläßt, weil er den neuen Absichten der Regierung nicht willfährig ist, und der Wechsel in diesem hohen Amte ist bis jetzt nur aus dem Grunde nicht eingetreten, weil in Berlin noch keine geeignete Persönlichkeit gefunden wurde, welche die Stelle v. Waldows einnehmen könnte.

Was die Berliner Regierung zu tun beabsichtigt, auf welche Weise sie ihr unabänderliches Programm, betreffend die Germanisierung der polnischen Landesteile, mit dem Wechsel des in den letzten Jahren angewandten Systems in Einklang bringen und den Forderungen der mächtigen Hafatistenorganisation sich widersetzen will, ohne deren Mitglieder zur offenen Opposition zu treiben, ist schwer zu beurteilen. Auch gibt es keine Antwort auf die Frage, ob und wie weit nicht auf die Regierungspolitik Rücksichten auf die auswärtige Politik und Berechnungen diplomatischer Natur einwirken. Schließlich kann man die Ursachen des offenbar bevorstehenden Wechsels in den inneren preußischen und deutschen Verhältnissen selbst finden. Zu ihnen gehören: ein immer empfindlicher werdender Mangel an Bargeld, der die Verlängerung der kostspieligen Ansiedlungsexperimente nicht gestattet; die immer auffallender werdende Fruchtlosigkeit der bisherigen Bestrebungen; die Befürchtungen, welche die Perspektive der Enteignung in den konservativen Kreisen hervorgerufen hat; endlich aber die Notwendigkeit, sich sowohl im preußischen Landtag wie im Deutschen Reichstage auf das katholische Zentrum, welches das in den letzten Jahren angewandte System der Germanisierungspolitik nicht so aus grundsätzlichen, als aus praktischen Gründen nicht billigt, stützen zu wollen.

Alle diese Gründe haben dazu beigetragen, die Berliner Regierung dazu zu bewegen, ihre Politik gegen die polnische Bevölkerung einer Revision zu unterziehen, und das Ergebnis hiervon ist das Sichabwenden von den politischen Theorien eines Wagner und Bernhard und die Neigung zur Umkehr nach der seit vielen Jahren von Prof. Hans Delbrück gewiesenen Richtung, die eine konsequente, aber eine solche Germanisierungs-

aktion fordert, die, ohne eine heftige Reaktion hervorzurufen, sich als wirklich erfolgreich erweisen könnte.

Auf dem Standpunkt Delbrücks steht, abgesehen von verschiedenen Einzelheiten der politischen Praxis, das katholische Zentrum, und durch seine Stellung in den gesetzgebenden Körperschaften erklärt sich auch hauptsächlich die Neigung der Regierung zum Vollzuge einer gewissen Umkehr in der Germanisierungspolitik. Das Zentrum will mit der Regierung zusammengehen, und seine Hilfe ist der Regierung unentbehrlich. Nachdem aber das Zentrum die Folgen der bisherigen polenfeindlichen Politik an sich, insbesondere in Oberschlesien und im Kohlen- und Industriebezirk im deutschen Westen verspürt hat, und da es immerhin aus religiösen Gründen und aus politischer Tradition mit den Polen sympathisiert, so tritt es für die Einstellung einer Politik der rücksichtslosen Bedrückung und für die Schaffung eines „modus vivendis“ ein, der die Assimilierungsarbeit nicht erschweren würde. Er wird diese vielmehr erleichtern, da er eine unbedeutende Verwischung der nationalen Gegensätze gestattet. Eine Milderung des nationalen Kampfes in den polnischen Landesteilen ist aber für das Zentrum um so erwünschter, als es von ihr nicht nur eine Wiedergewinnung seiner früheren Einflüsse erhofft, sondern sich auch dessen bewußt ist, daß ohne die Beteiligung der polnischen Vertretung (Fraktion) die Schaffung einer parlamentarischen Mehrheit, in welcher das Zentrum die führende Rolle spielen würde, sehr zweifelhaft wäre. Mit einem Wort, die Polen für die katholisch-konservative Mehrheit im Reichstag zu gewinnen, und dies könnte nur in dem Falle eintreten, wenn die polnische Fraktion den Verzicht auf die Opposition gegen die Regierung als mit den nationalen Interessen vereinbar erkennen wird.

Die Regierung erkennt diese Gründe an und geht, durch die Erfahrungen der gewalttamen Germanisierungspolitik mißvergnügt gemacht, den Zentrumsleuten an die Hand, indem sie sich krasser polenfeindlicher Kundgebungen enthält und gewisse Änderungen in der Kolonisationstaktik vorbereitet; das Zentrum wiederum arbeitet vorsichtig daran, das geplante Kompromiß zustandezubringen, und bei dieser Arbeit begegnet es auf halbem Wege den polnischen Gruppen, die des Kampfes müde sind, an seinen Erfolg nicht glauben, seine Folgen vor allem für ihre Person fürchten oder schließlich glauben, daß wenigstens ein teilweiser Waffenstillstand für die Volksgesamtheit von Vorteil wäre. Zu diesem Lager gehören die nur noch wenigen Versöhnungsdoctrinäre, ferner ein Teil des durch die Entzweiung beunruhigten polnischen Großgrundbesitzes; mit ihr sympathisiert, nachdem er seine radikalen Praktiken aufgegeben, der Abgeordnete Viktor Kulerski, der über Hunderttausend Leser seiner Gazeta Grudziödzka verfügt, und an der Spitze der Bewegung steht der durch Sympathie mit dem katholischen Zentrum verbundene und an seine polnische Sympathien aufrichtig glaubende schlesische Abgeordnete Adam Napieralski.

Nach seinem Eintritt in den Reichstag und in die polnische Fraktion angesichts der damals von Herrn Morjanth geleiteten nationalpolnischen Bewegung in Schlesien hat Herr Napieralski seinen Gedanken, das Bündnis des Zentrums mit den Polen zu erneuern, nicht aufgegeben. Die Politik unter der Losung der „positiven parlamentarischen Tätigkeit“ näherte ihn diesem Ziele, aber führte ihn nicht zu ihm, weil sie auf einen gewaltigen Protest in den breiten Kreisen des Volkes stieß. Da wählte der gewandte und erfindereiche Beuthener Politiker einen

anderen Weg. Er verjöhnte sich mit seinem Gegner Korjanty und übernahm die von diesem herausgegebenen Zeitungen; und nachdem gegenwärtig seit dieser Transaktion eine ganze Reihe von Monaten vergangen ist, können wir den Versicherungen Korjantys, daß er sich nicht vollständig verkauft, sondern die Versicherung einer bedeutenden Bewegungsfreiheit in der Redigierung der Katolik-Blätter erhalten hat, Glauben schenken. In der Tat traten in den Katolik-Organen seit der Verschmelzung Korjantys mit Napieralski eine Änderung des Tons, eine bedeutend stärkere Betonung der nationalen Absonderung des polnischen Volkes in Schlesien, eine energischere Unterstreichung seiner Rechte ein; auch eine dreistere strengere Kritik des Zentrumsregiments und der germanisierenden Geistlichkeit trat ein. Die Katolik-Blätter nahmen äußerlich den Charakter der Korjanty-Blätter an, sie wurden in nationaler Hinsicht „radikaler“, und in Anbetracht dessen erwies sich das Presse-Monopol als ziemlich erfolgreich. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Mehrheit des ober-schlesischen Volkes gegenwärtig, wie vor Jahren, wieder hinter Herrn Napieralski steht und seinen politischen Weisungen folgen wird.

Es handelt sich jetzt darum, das wiedergewonnene Übergewicht im Sinne der Idee, die dem Leiter der Katolik-Organisation vorschwebte, auszubenten. Die bevorstehenden Reichstagswahlen sollen in Schlesienein solches Ergebnis zeitigen, daß in der polnischen Fraktion die Anhänger eines festen Kompromisses mit dem katholischen Zentrum die Oberhand gewinnen und daß die Bildung einer Konstellation zustande käme, in welcher die Polen als Verbündete der Zentrumsleute in die Regierungsmehrheit eintreten könnten.

Durch dieses politische Programm lassen sich die Angriffe auf die Gazeta Ludowa und den Abgeordneten

Sigismund Seyda, die sich in den Katolik-Organen systematisch wiederholen, erklären. Ihr Zweck ist, unter dem Volke, diejenige politische Richtung zu diskreditieren, die einem Ausgleich mit dem Zentrum und der Regierung widerstrebt, und den schlesischen Abgeordneten zu stürzen, der die Pläne der Politiker, die zur Loskaufung der Regierungsgunst mittelst Zugeständnisse auf Kosten der nationalen Würde bereit sind, stören könnte. Die bekannte Enunziation des Herrn Napieralski im Warschauer Slowo soll die polnische Volksgesamtheit mit den Absichten des Beuthener Politikers beizeiten vertraut machen, und sicherlich ist es auch kein Zufall, daß kurz vorher in demselben Warschauer Blatte die Enthüllungen des Herrn Donimirski, betreffend eine in Posen bestehende konservative Organisation, veröffentlicht wurden, die sich darauf vorbereitet, bei der bevorstehenden Wahlaktion eine wichtige Rolle zu spielen.

Herr Napieralski handelte offen, wenn er seine Karten aufdeckte. Die polnische Volksgesamtheit im preußischen Anteil weiß jetzt, worum es sich bei den Neuwahlen handeln wird, und da sie es weiß, wird sie dafür sorgen können, daß das Ergebnis dieser Wahlen ein wirklicher Ausdruck seiner politischen Anschauungen wird. Im preußischen Anteil gibt es sicherlich keinen Politiker, der grundsätzlich jeden Gedanken an eine Änderung der Verhältnisse mit der Regierung aufgeben würde. Aber nicht auf den Wunsch kommt es an, sondern auf die Bedingungen, die darin bestehen, daß das Recht, die Richtung der polnischen Politik im preußischen Anteil zu bestimmen, in den Händen von Persönlichkeiten läge, die vollständig und ohne eine von vornherein gefaßte Voreingenommenheit zu beurteilen verstehen, wo die Grenze der realen nationalen Vorteile und der polnischen Nationalwürde liegt.

A. C.